

Juli 2018
Das VPOD-Magazin erscheint 10-mal pro Jahr

Die Gewerkschaft

Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste

VPOD



Grounding, Dumping, Grössenwahn

Ein Vierteljahrhundert Schweizer Luftfahrtgeschichte:

Das grosse Interview mit VPOD-Sekretär René Zurin

Auf zur Demo nach Bern

Für Lohngleichheit – gegen Diskriminierung

Samstag, 22. September 2018

13.30 Schützenmatte

Lohnungleichheit, Sexismus,
Diskriminierung – es reicht.

Wir wollen faire Löhne und
eine gerechte Gesellschaft ohne
Diskriminierung. Das Parlament
muss endlich vorwärts machen und
Lohnkontrollen einführen. Deshalb
gehen Frauen und Männer aus
Gewerkschaften,

Frauenorganisationen
und Parteien am 22.
September nach Bern.

Um für Lohngleichheit
und gegen Sexismus
und Diskriminierung
zu demonstrieren.



Gratistransporte mit Extrazügen ab Rorschach/ Zürich, Basel und Genf. Bustransporte aus anderen Regionen. Die genauen Abfahrtszeiten und Informationen stehen auf der VPOD-Website. www.vpod.ch/frauen | #enough18

Themen des Monats

- 5 Sozialer Leuchtturm**
100 Jahre Suva: Ein Rückblick und ein Ausblick
- 6 Aufgeweichte Solidarität**
Grosse Unterschiede bei den Krankenkassenprämien: Alte, Kranke und Frauen zahlen massiv mehr
- 7 Vom Handel mit Kühen**
Steuerreform und AHV-Finanzierung («STAF»): Was ist von der Verknüpfung der Geschäfte zu halten?
- 9–14 Grounding, Dumping, Grössenwahn**
Interview mit René Zurin, der 27 Jahre lang Sekretär bei VPOD Luftverkehr war, über ein Vierteljahrhundert Luftfahrt- und Gewerkschaftsgeschichte in Zürich-Kloten
- 16–17 Serie: 100 Jahre Landesstreik**
Folge 3: «Plötzlich Drillinge»
Im Sommer 2018 wurde in Winterthur und in Biel gestreikt – und in den Rheinsalinen

Rubriken

- 4 Gewerkschaftsnachrichten**
- 8 Aus den Regionen und Sektionen**
- 15 Susi Stühlinger: Nochmal: Fussball**
- 18 Wirtschaftslektion: Nicht ohne meine Flankierenden**
- 19 Wettbewerb: Üble Nachrede**
- 20 VPOD aktuell**
- 21 Hier half der VPOD: Unterschiedliche Schichtweisen**
- 22 Solidar Suisse: Gold, das arm macht**
- 23 Menschen im VPOD: Nella Marin,**
Co-Leiterin Schülerhort, Präsidentin VPOD Schaffhausen

Redaktion/Administration:

Postfach 8279, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52, Telefax 044 266 52 53
Nr. 6, Juli 2018
E-Mail: redaktion@vpod-ssp.ch | www.vpod.ch
Erscheint 10-mal pro Jahr



Christoph Schlatter
ist Redaktor des VPOD-Magazins

Frau Neumann

Wir sind angekommen, denkt manch einer. Manch eine auch. Angekommen in einer Welt der starken Frauen. Angekommen dort, wo es nicht nur Bundeskanzlerinnen und weibliche CEOs gibt. Sondern wo auch weibliche Postdirektorinnen ganz normal zurücktreten müssen, wenn sie Scheisse gebaut haben. Oder wenn sie die Scheisse, die in ihrem Laden von anderen gebaut wurde, nicht entdeckt haben. Immerhin kann Frau Ruoff jetzt wieder als Primarlehrerin unterrichten; so ein Diplom verfällt ja nicht. Da hat sie was Eigenes.

Aber dann: Fussball-WM (der Männer). Zweites Deutsches Fernsehen. Kommentar: Neumann. Frau Neumann. Vielerlei Bedürfnisse sind zu bedienen. Einige Fans möchten Klatsch aus Kabine und Mannschaftsbus. Andere dürsten nach Statistiken über Torschüsse und Zweikämpfe. Wer wie teuer gehandelt wird, wollen andere wissen. Oder wer wo mit wem schon mal im gleichen Club oder Sandkasten gespielt hat. Vor allem aber soll die Reporterin das Spiel deuten, soll's lesen, soll hinter dem Gewusel auf dem Rasen ein Muster erkennen, eine Strategie. Und uns das in geeigneten Worten übermitteln.

Das alles tut Frau Neumann fachkundig, in zumeist ganzen deutschen Sätzen und mit fester Stimme. Das geht jedenfalls besser ins Ohr als manch anderer, der da kauzig krächzt oder selbstverliebt salbadert oder kernt oder ruefert. Dennoch ergiesst sich – von Scheisse war ja schon die Rede – ein zwischen kotz- und kackbraun changierender Shitstorm über sie. «Warum? Warum? Warum? Ernsthaft? Wieder diese Neumann?» «Bor, die Olle nervt! Muss die jedes Wort so langziehen? Und dann noch diese versoffene Stimme und diese unnötigen Kommentare.» «Eine Schande, dass eine Frau kommentieren darf, die macht das so kacke.» «Spiele mit der in meinen Augen strunzdummen Claudia Neumann werde ich mir nicht anschauen, weil ich dann das kalte Kotzen bekomme.» «Die hat das ganze Spiel demoliert mit ihr scheiss Gelaber.» Und ein Experte mit Namen Waffenprofi findet, eine Frau am WM-Mikrofon versauere «den Männern den letzten Spass im Leben».

Nachdem wir obige Kommentare behutsam an die allgemeine deutsche Grammatik («bor»? oder doch eher «boah»?) angepasst haben, gelangen wir zu zwei Schlussfolgerungen. Die erste: Wir sind wohl doch noch nicht ganz dort, wo wir am Anfang dieses Editorials zu sein wänten – in Bezug auf Frauen, Männer, Berufe und Normalität. Und zweitens müsste Waffenprofi, um einer sehr düsteren Zukunft zu entgehen, bei nächster Gelegenheit sein Spasskonzept modernisieren. Weil: Sonst kommt da nicht mehr viel nach. – «Als nächstes dann Schwule oder was», geifert ein anderer. Soweit kommt's noch? Soweit ist es schon gekommen: Thomas Hitzlsperger, der bisher einzige geoutete (Ex-)Spitzenfussballer, ist WM-Experte für die ARD.



Flaschen, voll:
Frauengleichstellungsbier.

Schiffe, leer:
Streik auf dem Lago Maggiore.



im Ständerat neuerdings gutgeheissen wurde. Das Kampagnenmotto «Lohngleichheit ist auch dein Bier» nimmt der SGB wörtlich: Er hat bei der Brauerei «La Nébuleuse» ein spezielles Bier brauen lassen, das in vielen Gaststätten und an vielen Anlässen erhältlich sein soll. Passend dazu gibt's den Bierdeckel vom VPOD. | [sgb/vpod](#) (Foto: SGB)

«Lasst uns endlich wieder unterrichten»

Lehrpersonen sind überdurchschnittlich für ihren Beruf motiviert und stellen hohe Ansprüche an sich selbst. Das geht immer häufiger auf Kosten ihrer Gesundheit. Der VPOD hat daher eine von rund 6000 Lehrpersonen unterzeichnete Petition an die Generalsekretärin der Erziehungsdirektorinnen- und Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) übergeben und Massnahmen gefordert: Abbau bei den administrativen Aufgaben, Dialogbereitschaft statt Kontrolle, kleinere Klassen und wo nötig schnelle Hilfe vor Ort. Die EDK hat eine Prüfung der Anliegen zugesagt. | [vpod](#)

SDA-Streik hat sich gelohnt

Die SDA-Belegschaft und die SDA-Spitze haben vor der Einigungsstelle des Bundes einen Vergleich abgeschlossen. Darin verpflichtet sich die SDA, die bereits entlassenen über 60-jährigen Mitarbeitenden wieder einzustellen. Für die (jüngeren) Gekündigten wird der Sozialplan verbessert. Alle erhalten einen zusätzlichen Monatslohn und Vorrang bei späteren Vakanzten. Bilanz der Gewerkschaften: Streiken lohnt sich; zwei von drei Hauptanliegen wurden durchgesetzt. | [vpod](#)

18 000 an Bauarbeiter-Demo in Zürich

Unia und Syna hatten zur grossen Bauarbeiter-Kundgebung nach Zürich gerufen: 18 000 kamen und demonstrierten für die Beibehaltung der Rente mit 60, gegen einen Abbau beim Landesmantelvertrag und für eine Lohnerhöhung. Über die Finanzierung der geburtenstarken Jahrgänge in der Branchenlösung «Flexibler Altersrücktritt» bestehen unterschiedliche Vorstellungen; die Baumeister wollen die Leistungen kürzen oder das Rentenalter anheben, die Gewerkschaften fordern höhere Lohnabzüge bei den Aktiven. Auch beim GAV gibt es Konfliktpotenzial wegen der Forderung nach Lohnerhöhung. | [unia/syna/slt](#)

Basler Kantonalbank will Bank Cler ganz

Ein Stück Gewerkschaftsgeschichte geht zu Ende: 1927 von Coop und Gewerkschaftsbund als Genossenschaftliche Zentralbank gegründet, wandelte sich die spätere Bank Coop 1970 zur AG. 1999 übernahm die Basler Kantonalbank (BKB) die Mehrheit (heute 75 Prozent). Jetzt hat die BKB angekündigt, auch den Rest der Aktien aufkaufen zu wollen. Alle im Publikum befindlichen Aktien, darunter noch viele in Gewerkschaftshand, werden zu 52 Franken pro Stück übernommen; das ist knapp ein Viertel mehr, als zuletzt im Handel dafür bezahlt wurde. | [slt](#)

Streik bei Tamedia in der Westschweiz...

Aus Empörung über die angekündigte Einstellung der Printausgabe von *Le Matin* sind die Westschweizer Redaktionen von Tamedia in den Streik getreten. Die Forderung: Tamedia muss sich ernsthaft in einem Prozess engagieren, mit dem die Vielfalt der Presse in der Romandie gewahrt werden kann. Zudem wird die Rücknahme der seit Juni ausgesprochenen 36 Entlassungen verlangt. Nach drei Tagen des Konflikts haben die Parteien jetzt einer Vermittlung durch den Waadtländer Staatsrat zugestimmt. | [syndicom/slt](#)

... und auf dem Lago Maggiore

Mit einem Warnstreik haben die Angestellten der ehemaligen Schifffahrtsgesellschaft des Lago Maggiore NLM auf die Entdeckung reagiert, dass ihre Löhne im künftigen, ab 2019 gültigen GAV massiv tiefer sein sollen als heute. Während des Streiks wurden nur die ersten Morgen- und die letzten Abendkurse vom und ans östliche Ufer gefahren, die dem Berufsverkehr dienen. Schon nach dem Streik im Sommer 2017 hat das Konsortium Zusicherungen nicht eingehalten. | [sev](#) (Foto: Max Pixel)

«Lohngleichheit ist auch dein Bier»

Der SGB hat eine breite Kampagne gestartet, um die Diskussion über den Gender-Gap bei den Löhnen weiter in die Öffentlichkeit zu tragen. Erst der Protest aus Gewerkschaften und Frauenorganisationen hat nämlich dazu geführt, dass die Revision des Gleichstellungsgesetzes

100 Jahre Suva: Ein Blick zurück und ein Ausblick in die Zukunft

Sozialer Leuchtturm

Die Schweizerische Unfallversicherungsanstalt Suva ist 100 Jahre alt. SGB-Präsident Paul Rechsteiner, dessen Jubiläumsrede wir leicht gekürzt wiedergeben, rühmt den Erfolg der Sozialpartnerschaft. Und nennt die Felder, wo heute Handeln angesagt wäre. | Text: Paul Rechsteiner, SGB-Präsident (Foto: Baugeschichtliches Archiv Zürich)

Die Suva ist aus extremer Not entstanden. Die Zahl der berufsbedingten Todesfälle war mit mehr als 1000 Toten pro Jahr gemessen an der Zahl der Beschäftigten 25-mal höher als heute. Jeder Dritte wurde Opfer eines Betriebsunfalls. Todesfall oder Invalidität bedeutete für die Betroffenen und ihre Familien den Absturz in die Armut. Heute ist das zum Glück nicht mehr so – ein gewaltiger sozialer Fortschritt. Die soziale Not allein hätte allerdings nicht zum Umdenken geführt. Es brauchte dafür den jahrzehntelangen Druck der Arbeiterbewegung. Aber letztlich wäre die Gründung der Suva auch ohne Unternehmer und bürgerliche Politiker mit einem starken Sinn für soziale Verantwortung nicht möglich geworden. Herausragend: FDP-Nationalrat und später Bundesrat Ludwig Forrer.

Heute – 100 Jahre später – können wir eine Erfolgsgeschichte feiern, die nicht selbstverständlich war. Die Geschichte der Katastrophen, wie Mattmark oder Asbest, erinnert uns auch an den kontroversen und schmerzlichen Prozess ihrer Bewältigung. Die Suva spielte eine unersetzliche Rolle. Das Risiko Unfall gehört zu den existenziellen Risiken, denen die Menschen ausgesetzt sind. Die Suva sorgt für eine Unfallversicherung zu einem ausgezeichneten Preis-Leistungs-Verhältnis. Sie hilft vorbildlich bei der Rehabilitation. Und mit den Kontrollen vor Ort und der Prävention trägt sie wesentlich zur Arbeitssicherheit bei.

Das richtige Pferd

Die Geschichte der Suva zeigt, dass der Bundesrat seinerzeit mit Unterstützung durch Parlament und Volk auf das richtige Pferd gesetzt hat: auf ein öffentlich-rechtliches Unternehmen, gesteuert durch die Sozialpartner, mit dem Bund als Oberaufsicht. Das war der Schlüssel für effiziente und branchennahe Lösungen. In Zeiten grosser sozialer Spannungen, ja des offenen Klassenkampfes, war die Gründung der Suva ein mutiger, aber wegweisender Schritt.



Existenzielles Risiko: Berufsunfälle waren zu Anfang des 20. Jahrhunderts viel häufiger als heute.

Auch später ist es den Sozialpartnern immer wieder gelungen, über den einen oder anderen ideologischen Schatten zu springen. Das letzte Mal bei der jüngsten UVG-Revision, die unter einem schlechten Stern gestartet war. Der Erfolg des zweiten Anlaufs zeigt, wie gross die Durchschlagskraft der Sozialpartner ist, wenn sie geeint auftreten.

Aber die Suva und überhaupt die Unfallversicherung dürfen nicht auf den Lorbeeren ausruhen. Eine gute Unfallversicherung war eine Erfolgsbedingung für den wirtschaftlichen Fortschritt im Maschinenzeitalter. Mit der Digitalisierung stehen wir heute vor ähnlichen Herausforderungen. Zu denken ist beispielsweise an die psychosozialen Berufskrankheiten. Die Suva wird sich den Herausforderungen der strategischen Falle der Gesetzesrevision von 1984 stellen müssen. 1984 wurden grosse Verbesserungen politisch damit erkaufte, dass die Suva weitgehend auf den industriellen Sektor beschränkt wurde,

der damals 40, heute indes nur noch 20 Prozent der Erwerbstätigen umfasst. Eine Suva, die sich für die kommenden 100 Jahre rüstet, muss diese Herausforderung annehmen. Im Interesse nicht nur der Industrie, sondern im Interesse aller Beschäftigten. Und letztlich der ganzen Wirtschaft.

Zwillingsrisiko Krankheit

Die Gewerkschaften hatten schon bei der letzten UVG-Revision versucht, die Vertreter der Arbeitgeber und aufgeschlossene Bürgerliche zu überzeugen, dieses Problem anzugehen. Leider fehlte der Mut – obwohl uns viele in der Sache Recht gaben. In den kommenden Jahren wird dieser Mut für zukunftsorientierte Lösungen wieder gefragt sein. Heute steht die Unfallversicherung mit der Suva als Leuchtturm in der Landschaft der Sozialversicherungen. Beim Zwillingsrisiko des Unfalls, der Krankheit, können wir von solchen Lösungen einstweilen nur träumen.

Grosse Unterschiede bei den Krankenkassenprämien: Alte, Kranke und Frauen zahlen massiv mehr

Aufgeweichte Solidarität

Die Krankenkassen spiegeln eine Wahlfreiheit vor, die es gar nicht gibt. Eine Auswertung der effektiv bezahlten Prämien zeigt, dass Gesunde zulasten von Älteren und Kranken sparen. Der Solidaritätsgedanke ist aufgeweicht.

| Text: Reto Wyss, SGB-Zentralsekretär (Foto: nipastock/iStockphoto)



Die Älteren nehmen ihre Medizin nicht zum Spass. Und höhere Prämien zahlen sie nicht, weil sie es wollen. Sondern weil sie müssen.

Regional einheitliche Krankenkassenprämien stellen eine wichtige Errungenschaft dar: Die Gesunden zahlen für die Kranken. Leider zahlen die Reichen nicht für die Armen: Die Krankenkassenprämien sind bekanntlich vom Geldbeutel unabhängige, einheitliche Kopfprämien, gleich hoch für den Milliardär wie für die Migros-KassiererIn. Viele Haushalte mit tiefem und mittlerem Einkommen sind an der Grenze der Belastbarkeit. Seit Jahren setzt sich der SGB daher für einkommensabhängige Nettoprämien ein. Aber auch zwischen Jungen und Älteren und zwischen Gesunden und Kranken spielt die Solidarität nur beschränkt. Die Prämienhöhe unterscheidet sich – trotz gesetzlicher Einheitsprämie – sowohl nach Alter als auch nach Gesundheitszustand signifikant.

Das Portemonnaie diktiert

Betrachtet man nicht die vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) jährlich kommunizierte Standardprämie (Durchschnittsprämie bei

freier Arztwahl mit 300 Franken Franchise), sondern die effektiv bezahlten Prämien, so ergibt sich folgendes Bild: Eine 25-jährige Versicherte bezahlte 2016 eine durchschnittliche Monatsprämie von 299 Franken. Ein 95-Jähriger zahlte im gleichen Jahr 427 Franken im Monat. Dieser Unterschied von 43 Prozent kommt durch die Wahl des Versicherungsmodells und der Franchise zustande. Also dadurch, dass sich gesunde Junge eher für ein Modell mit Einschränkung – zum Beispiel Telemedizin – und für eine hohe Franchise entscheiden können. Beides bringt ihnen eine Prämienreduktion.

Rechnet man zu diesen Prämien noch die direkte Kostenbeteiligung der Versicherten hinzu, dann vergrössert sich der Unterschied zwischen Jung und Alt gar auf 55 Prozent: Alte und damit kränkere Versicherte müssen mehr Gesundheitsleistungen in Anspruch nehmen und damit auch mehr Selbstbehalt bezahlen (inkl. Spital- und Pflegepauschalen). Die Prämien steigen also nicht nur mit

der Zeit (jährlicher Durchschnitt seit 1996: 4,6 Prozent), sondern zusätzlich auch mit dem Alter. Verteilt man die obenstehende Differenz von 43 Prozent auf die relevanten 70 Lebensjahre, so ergibt das eine zusätzliche Prämienhöhung von 0,5 Prozent pro Altersjahr.

Die Verfügbarkeit von unterschiedlichen Versicherungsmodellen und Franchisen spiegelt also eine Wahlfreiheit vor, die in der Praxis nicht existiert. Es ist weitgehend nicht löbliche Bescheidenheit, die es Versicherten erlaubt, eine höhere Franchise oder ein HMO-Modell zu wählen, sondern einzig und allein der Gesundheitszustand und das Portemonnaie. So kam das BAG letztes Jahr zum Schluss, dass «Versicherte ihre Franchisen mehrheitlich individuell nach den von ihnen erwarteten Bruttoleistungen» wählen. Mit anderen Worten: Die Leute verhalten sich genauso, wie es das System von ihnen verlangt. Werden sie älter bzw. kränker, nehmen sie eine höhere Prämie in Kauf, um dafür eine tiefere Franchise zu erhalten. Unterm Strich bezahlen sie dennoch mehr.

Vom Wollen und vom Können

Die Versicherten entscheiden sich also nicht dann für tiefere Prämien, wenn sie es *wollen*, sondern dann, wenn sie es *können*. Im Alter können sie es aufgrund des Gesundheitszustandes zunehmend nicht mehr – und müssen finanzielle Mehrbelastungen schultern. Die gesetzlich vorgesehene Solidarität in der Grundversicherung wird also gerade durch den demografischen Wandel zunehmend durchlöchert. Dies aber nicht, weil die Jungen immer mehr für die Alten bezahlen müssten, wie es bürgerliche Wahlfreiheitsideologen behaupten. Sondern weil die Alten viel höhere Prämien bezahlen müssen als die Jungen. Übrigens: Die effektiv bezahlten Prämien unterscheiden sich nicht nur nach Alter, sondern auch nach Geschlecht. Die Prämien der Frauen waren 2016 durchschnittlich 8 Prozent höher als jene der Männer.

Steuerreform und AHV-Finanzierung («STAF»): Was ist von der Verknüpfung dieser beiden Geschäfte zu halten?

Vom Handel mit Kühen

Der Ständerat packt Unternehmenssteuern und AHV in die gleiche Gesetzesvorlage. «Kuhhandel!», schreien die einen. Sonderbarer Vorwurf im Land der Milchwirtschaft... Die Frage ist eher, ob die Vorteile bei Bund und AHV die kantonalen Nachteile überwiegen. | Text: Stefan Giger, VPOD-Generalsekretär (Foto: pierluigipalazzi/iStock)

Ich hörte von der Überraschung unterwegs am Radio: Einstimmig hatten die Ständerätinnen und Ständeräte der WAK (Kommission Wirtschaft und Abgaben) einen Kompromiss geschmiedet, der eine Reform der Unternehmenssteuern mit einer Zusatzfinanzierung für die AHV verknüpft. «Sch...», schoss es mir durch den Kopf: Was soll man davon halten, eine gute Sache, die AHV-Finanzierung, mit einer Steuersenkungsvorlage zu vermengen? Andererseits: Für Sozialpolitik braucht es Geld. Also ist es nicht von vornherein falsch, Sozialpolitik und Steuerpolitik zu verbinden. Wie aber soll das funktionieren, dass man einerseits zusätzliches Geld in die AHV lenken und gleichzeitig Unternehmenssteuern senken kann? So zumindest stellte CVP-Ständerat Konrad Graber, der Architekt der sogenannten «STAF»-Vorlage, das Geschäft am Schweizer Radio dar.

Gut für Bund und AHV

Ich brauchte einige Tage um zu begreifen, dass «STAF» sich von der ursprünglichen Steuervorlage 17 des Bundesrates und auch von der im letzten Jahr gescheiterten Unternehmenssteuerreform III (USR III) unterscheidet: Die international kritisierten Steuerschlupflöcher für Grosskonzerne werden abgeschafft. Auf der Ebene der Bundessteuern gibt es keine Steuerausfälle. Das Uding der «zinsbereinigten Gewinnsteuer» wurde auf Bundesebene fallengelassen; dieses Instrument der USR III hätte zu Hunderten von Millionen Franken Ausfällen geführt. Aktionäre mit einer Beteiligung ab 10 Prozent müssen ihre Einkünfte zu 70 statt zu 60 Prozent besteuern lassen, es wären also sogar etwas mehr Steuereinnahmen zu erwarten.

Bei der AHV zeigt der Vergleich von Einnahmen und Ausgaben steigende Defizite: 320 Millionen fehlten im Jahr 2015, ein Jahr später 579 Millionen, dann 766 Millionen, letztes Jahr bereits über eine Milliarde. Letztes Jahr vermochten die Kapitalerträge das Loch zu stopfen, doch schon bald wird das AHV-

Schmeckt's? Ob der VPOD die «STAF»-Vorlage goutiert, wird er im September entscheiden. Grundsätzlich spricht nichts gegen einen Kuhhandel, wenn die Vorteile überwiegen.

Vermögen schrumpfen, und die Spar- und Abbaurufe von FDP und SVP werden immer lauter werden. Die «STAF»-Vorlage bringt nun pro Jahr mehr als 2 zusätzliche Milliarden in den AHV-Topf. Und zwar mit einer Erhöhung der AHV-Beiträge um bescheidene 0,3 Prozent insgesamt (der Arbeitnehmer-Beitrag stieg von aktuell 4,2 auf 4,35 Prozent); mit einer Erhöhung des Bundesbeitrages an die AHV von aktuell 19,55 auf etwa 20,2 Prozent, und indem das ganze Demografie-Prozent der Mehrwertsteuer in die AHV gelenkt würde (die vor etwa einem Jahrzehnt beschlossene Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1 Prozentpunkt wurde bisher nicht vollständig für die AHV eingesetzt).

Schlupflöcher bei den Kantonen

Problematisch ist allerdings die Situation in den Kantonen. «STAF» sieht vor, dass die Kantone eine «Patentbox» einführen, was ein neues Steuerschlupfloch für Grosskonzerne öffnet. «STAF» ermöglicht es den Kantonen, zusätzlich Abzüge für «Forschung und Entwicklung» vorzusehen, nochmals ein Schlupfloch. Das Uding der «zinsbereinigten Gewinnsteuer» wurde immerhin an so hohe Hürden gebunden, dass wohl nur der Kanton Zürich davon wird Gebrauch machen können.



Die meisten Kantone sind bereits daran, die Senkung von Unternehmenssteuern vorzubereiten; der Kanton Waadt hat sie bereits umgesetzt. Auf kantonaler und kommunaler Ebene drohen uns massive Steuerausfälle mit den bekannten Folgen: Sparpakete, Dienstleistungsabbau und Privatisierungen im Service public. Die Schlüsselausensatzung führen wir aktuell im Kanton Bern, wo wir gegen eine kantonale Steuersenkungsvorlage das Referendum ergreifen mussten – Volksabstimmung voraussichtlich in diesem Herbst.

Wie weiter?

Im September wird der Nationalrat die «STAF»-Vorlage beraten und möglicherweise die eine oder andere Änderung beschliessen. Der VPOD wird an seiner Delegiertenversammlung vom 29. September seine Haltung zu «STAF» festlegen.



Sauberes Bundeshaus –
dank Reinigungspersonal.

Lustige Kinderspiele –
dank Kita-Beschäftigten.



Kita-Gutscheine: Korrekturen nötig

Der VPOD Bern verlangt Korrekturen am System der Betreuungsgutscheine für Kitas. Für die Eltern brächten Kita-Gutscheine zwar gewisse Vorteile, aber ohne Korrekturen werde sich die Belastung für das Personal weiter erhöhen. Die entsprechende Verordnung ist derzeit in Konsultation. Der VPOD wendet sich gegen den vorgeschlagenen Wegfall der Ausbildungspauschale: Die Abschaffung würde dazu führen, dass Kitas, die ihre Verantwortung wahrnehmen, höhere Preise verlangen müssen als jene, die mit «billigen» Praktikantinnen wursteln. Auch die Pauschale, die das Risiko frei bleibender Plätze abfedert, muss aus VPOD-Sicht unbedingt beibehalten werden. Allgemein fordert der VPOD eine höhere finanzielle Beteiligung der öffentlichen Hand. | *vpod* (Foto: Lizalica/iStock)

Bundespokal will mehr Lohn

Das anhaltende Hoch bei den Bundesfinanzen rechtfertigt aus Sicht der Verhandlungsgemeinschaft Bundespokal (VGB), der auch der VPOD angehört, einen Kurswechsel. Der Bundesrat rechnet für das laufende Jahr mit 1,3 Milliarden Franken mehr als budgetiert; auch für das kommende Jahr ist ein Überschuss in Sicht. Unter diesen Voraussetzungen ist der andauernde Spardruck geradezu absurd, der sich zuletzt in Kürzungen bei Agroscope und beim Bundesamt für Wohnungswesen BWO geäußert hat. Die Verhandlungsgemeinschaft verlangt einen sofortigen Stopp der Sparvorgaben. Und sie bekräftigt ihre Forderung nach einer Lohnerhöhung für das ganze Bundespokal. Ueli Maurer muss 1,5 Prozent für Lohnmassnahmen ins Budget 2019 aufnehmen – auch weil die Teuerung wieder anzieht. | *vpod*

Protest der Bundesputzfrauen

Eine Delegation des im VPOD organisierten Reinigungspersonals des Bundes hat bei Bundesrat Maurer protestiert: 235 Betroffene – mehr als die Hälfte der rund 400 Angestellten – haben mit einer Petition die Anerkennung der Reinigungsarbeit als körperlich belastende Tätigkeit gefordert. Das ist die Grundlage dafür, dass das Reinigungspersonal auch weiterhin die Möglichkeit hat, mit 62 in Rente zu gehen. Bundesrat Maurer wird die Anerkennung der Reinigungsarbeit aufgrund des Gesprächs überprüfen. | *vpod* (Foto: parlament.ch)

Ein guter Sonntag für die Bildung

Einmal mehr wurden in einer Volksabstimmung rechtsgerichtete Angriffe auf die öffentliche Schule zurückgewiesen, nämlich im Juni im Kanton Baselland. Wie schon früher in anderen Kantonen wurde der Versuch, die zweite Fremdsprache in der Primarschule wieder abzuschaffen, von den Stimmenden zurückgewiesen. Auch der Bildungsrat, rechten Kreisen ein Dorn im Auge, hat Bestand. | *vpod*

Abbau im Asylwesen in Luzern ...

Der Rückgang der Zahl von Asylsuchenden schlägt sich vielerorts in Abbaumassnahmen nieder. Im Kanton Luzern sollen 19 Personen in den Flüchtlingszentren entlassen werden. Die Arbeitsgemeinschaft Luzerner Personalverbände, der auch der VPOD angehört, verlangt für die Zukunft eine vorausschauendere Planung. Als Arbeitgeber stehe der Kanton Luzern in der Pflicht, das Risiko von Schwankungen bei der Migration nicht auf die Angestellten abzuwälzen. | *vpod*

... und in Zürich

Sogar zu 60 Entlassungen führt die Schliessung des Asylheims für unbegleitete Jugendliche in Zollikon (Kanton Zürich). Die Asylorganisation Zürich AOZ stellt sich auf den Standpunkt, es sei von Anfang an klar gewesen, dass die Anstellung dort keine langfristige Perspektive biete. Mit dem VPOD werde ein Sozialplan vereinbart, sagte AOZ-Direktor Thomas Kunz gegenüber den Medien. | *slt*

Baselland: Streik-Abstimmung läuft

Das Baselbieter Kantonspersonal erwägt den Streik, weil es mit seinen Anliegen beim Landrat kein Gehör findet, sondern regelmässig düpiert wird. Der Entscheid, die Anpassung der Parameter bei der kantonalen Pensionskasse ohne jede Abfederung auf die Renten durchzuschlagen zu lassen, brachte das Fass zum Überlaufen. Die Urabstimmung über einen Streik läuft im VPOD bis zum 22. Juli. Gleichzeitig entscheidet auch der Lehrerverband, der allerdings für Kampfmassnahmen die Hürde hoch – bei 80 Prozent Zustimmung – angesetzt hat. Anfang August werden die Verbände kommunizieren, wie es weitergeht. | *slt*

Interview mit René Zurin, der 27 Jahre lang Sekretär bei VPOD Luftverkehr war

Grounding, Dumping, Grössenwahn

René Zurin, 27 Jahre lang Sekretär bei VPOD Luftverkehr, geht in Pension. Für das *VPOD-Magazin* ein Anlass, mit dem Kollegen ein Vierteljahrhundert Schweizer Luftfahrts- und Gewerkschaftsgeschichte Revue passieren zu lassen. Ein Gespräch in vier Teilen. | Interview und Porträtfoto: Christoph Schlatter (übrige Fotos: S. 10/11: VPOD, S. 12/13: Keystone)

I DIE NEUNZIGER JAHRE

Liberalisierung und Deregulierung prägten den internationalen Luftverkehr in den 1990er Jahren. Das einstige IATA-Kartell, das Strecken und Preise festgelegt hatte, zerbrach. An seine Stelle trat ein Kampf aller gegen alle, bei dem die Airlines der westlichen Welt das grosse Geschäft witterten. Die Swissair setzte auf die sogenannte Hunter-Strategie und kaufte aggressiv Fluggesellschaften und Anbieter flugnaher Dienstleistungen auf – mit dem Ziel, Zürich zu einem Drehkreuz auszugestalten. Im Innern wurde die Firma in Einzelteile zergliedert und in eine Holding umgeformt – zwecks Reduktion der Personalkosten. Der VPOD kämpfte recht erfolgreich dafür, die Arbeitsbedingungen nicht zu weit auseinanderchiessen zu lassen.



VPOD-Magazin: Als du hier anfingst im Jahr 1991 war die Welt noch eine andere.

René Zurin: Die Schweiz schickte sich gerade an, in eine wirtschaftliche Krise zu schlittern. Das EWR-Nein 1992 wirkte sich, noch ohne die bilateralen Verträge, fatal aus, dazu kam die Hochzinspolitik der Nationalbank, die jeden Aufschwung abwürgte. Wir hatten erstmals eine namhafte und hartnäckige Arbeitslosigkeit in der Schweiz.

Und punkto Luftverkehr?

Am Anfang der Liberalisierung stand 1978 der *Airline Deregulation Act* des damaligen US-Präsidenten Carter. Bis dahin war der Luftverkehr als internationales Kartell organisiert. Die IATA sprach die Preise ab und legte fest, wer wohin fliegt, so dass man sich nicht ins Gehege kam. Dabei liess man auch den schwächeren Airlines Luft zum Überleben.

Davon profitierten die Beschäftigten.

Die Kundschaft eher nicht.

Draussen im Treppenhaus hängt ein Swissair-Plakat von 1953, das Werbung macht für günstige Flüge. «Mehr Leute fliegen heute für weniger Geld – zum Beispiel nach London für 335 Franken», steht da. Indexiert wäre das heute das 5- bis 6-Fache. Also gegen 2000 Franken – für einen «Billigflug».

Aus ökologischen Überlegungen war das ja auch nicht so verkehrt, dass man nicht einfach so zum Weihnachtsshopping nach New York jetten konnte ... Wie äusserte sich die Liberalisierung in Zürich konkret?

Zum einen darin, dass das gesamte Swissair-Management täglich das Mantra vom freien Markt herunterbetete und dass sich die Bullen von McKinsey die Klinke in die Hand gaben, um Sparmöglichkeiten und «Synergien» herauszufinden – beziehungsweise um Druck aufs Personal zu machen. Und dann – es war in meinem ersten Jahr auf diesem Posten – mit der Ankündigung eines massiven Stellenabbaus. 500 Arbeitsplätze sollten verschwinden; das war ein Novum, und die Empörung war allgemein. Ich war ja seinerzeit eingestellt worden unter der Prämisse «Konsolidierung». Und dann ging es grad in die andere Richtung ab: Angriff auf den Gesamtarbeitsvertrag, verweigerter Teuerungsausgleich, Entlassungen...

Die Fluggesellschaften verkelten sich in einen Kampf alle gegen alle.

In Afrika und in Asien gab es die ersten Konkurrenze von Airlines. Gleichzeitig bestellten die überlebenden Gesellschaften ein Flugzeug um andere – in der Überzeugung, dass die Grösse im Markt ausschlaggebend sein würde. Diese Überkapazitäten brachten die Preise weiter ins Rutschen; lieber als leer zu fliegen verkaufte man freie Sitzplätze zum Spottpreis. Paradox: Diejenigen, die da Wildwestkapitalismus spielten, etwa Lufthansa, Alitalia oder Air France, waren staatliche Gesellschaften. Nur für die Swissair, an welcher der Bund stets nur eine Minderheitsbeteiligung hielt, gilt das nicht.

Die Swissair hat ja dann ihre berühmte Hunter-Strategie entwickelt.

Es begann schon vor der Ära Bruggisser mit dem Kauf der belgischen Sabena. Die Swissair-Führung ging davon aus, es würde in 10 Jahren nur noch 4 oder 5 Airlines geben, die den Markt unter sich aufteilen würden. Also müsse man massiv wachsen. Man hat mehr oder weniger blindlings eine Airline nach der anderen aufgekauft, die polnische, die portugiesische usw. Und alles lief ziemlich chaotisch ab. Damit zwei Unternehmen zusammenwachsen, wäre ja ein Integrationsprozess nötig, eine Verschmelzung der Kulturen. Nichts von alledem; man hat bloss eingekauft und musste die Neuerwerbung finanziell massiv stützen. Ziel war es, durch die Zukäufe den Hub zu «feeden» – also das Drehkreuz, zu dem der Flughafen Zürich ausgebaut werden sollte, zu füttern. Aber das hat nur mässig funktioniert, zumal dieser Flughafen eben beschränkte Kapazitäten hat.

Die Billig-Airlines hat man damals nicht kommen sehen ...

Kein seltenes Phänomen bei diesen neoliberalen Denkern: Sie haben eine Vorstellung davon, wie sich die Welt entwickeln wird. Oder muss. Aber gerade der freie Markt, auf den sie setzen, enthält so grosse Unwägbarkeiten, dass es fast unmöglich ist, Entwicklungen zuverlässig vorherzusagen. Alle waren angefressen vom Liberalisierungsvirus – und gleichzeitig nicht in der Lage vorherzu-

sehen, dass der Wegfall von tariflichen und regulatorischen Bindungen in einen gnadenlosen Preiskampf münden könnte, der einem selbst eines Tages die Luft abschnüren könnte. Und dass es neue Player geben könnte, die auf neuer Kostenbasis rechnen.

Die damalige Strategie war mit internen Auslagerungen verbunden, auch bei der Swissair.

1992/93 ging das mit dem Catering los. Die Swissair hatte herausgefunden, dass beispielsweise ein Koch bei der Swissair etwa 70 Prozent mehr verdient als einer in der sonstigen Gastronomie. Um die Personalkosten zu drücken, wollte man daher den Swissair-GAV für diesen Teil der Beschäftigten abschütteln und eine eigene Firma unterm Swissair-Dach: Gate Gourmet. Unser gewerkschaftlicher Kampf zielte auch in der Folge darauf ab, mit den jeweiligen Tochtergesellschaften ebenfalls Gesamtarbeitsverträge abzuschliessen. So konnten wir verhindern, dass die Arbeitsbedingungen ins Bodenlose absacken.

Bei der alten Swissair ging es dem Personal ja recht gut, nicht wahr?

Das kann man von heute aus sicher sagen, auch wenn wir es damals nicht unbedingt so empfunden haben. Der wichtigste Punkt war der: Solange die Swissair von der Kabinenreinigung bis zum Piloten alle unter einem Dach beschäftigte, gab es einen gewissen Ausgleich. Man kannte einander. Man identifizierte sich mit dem Arbeitgeber – so sehr, dass viele im Telefonbuch als Beruf «Swissair-Angestellter» angaben statt Koch oder kaufmännische Angestellte. Der oberste Chef verdiente vielleicht das 12- oder 15-Fache der Kabinenreinigerin, aber jedenfalls nicht 50- oder 100-mal so viel. Unser innerbetrieblichen Lohnvergleiche konterte das Management mit Vergleichszahlen aus verwandten Branchen ausserhalb. Ziel der ganzen Übung waren immer die Personalkosten; es ging darum, dort zu sparen. Das ganze Gefüge zog sich also auseinander. Gleichzeitig entstanden Probleme der internen Kommunikation, der Schnittstellen, der internen Verrechnung. Die eine Tochter verschleiert den eigenen Gewinn und stellt der anderen möglichst hohe Preise in Rechnung. Buchhaltungskniffe, wie sie jetzt bei Postauto aufgefliegen sind, waren hier schon längst im Schwange... Die Situation war teilweise bizarr und für die Arbeitsabläufe im täglichen Betrieb kontraproduktiv.

Die Aufsplitterung der Swissair, die dann mit dem Grounding kam, war eigentlich durch die Holdingstruktur bereits vorweggenommen.

Ja, und das sollte sich dann doch noch als gegensreich erweisen.



Protestaktion VPOD Luftverkehr gegen die Auslagerung des Swissair-Caterings, September 1992.

II DAS GROUNDING

Der 1. Oktober 2001 hat sich ins kollektive Bewusstsein der Schweiz tief eingegraben: Es war der Tag, an dem man der einst besten Fluggesellschaft nirgends auf der Welt mehr Kerosin verkaufte. Es war der Tag, an dem die Swissair gegroundet wurde. Das war der Auftakt zu einem Jahrzehnt, in dem die Schweiz viel von ihrem internationalen Ansehen einbüsste und in vielerlei Hinsicht in die Defensive oder sogar auf die Anklagebank geriet. Vom Grounding waren bei der Swissair direkt «nur» 8000 Arbeitsplätze betroffen – dank der Holdingstruktur blieben viele Unterfirmen verschont. Die Bilder der am Boden stehenden Flotte und die Hartnäckigkeit des VPOD überzeugten den Bundesrat endlich, zu intervenieren. Für den Übergangsbetrieb und die neue Swiss bezahlte er gegen 3 Milliarden Franken. Trotzdem wäre man unter der neu aus Crossair-Beständen installierten Führung beinahe erneut in die Katastrophe gesegelt.

Die Holding war ein Glücksfall? Echt jetzt?

In gewisser Weise schon, auch wenn das so nicht bedacht und auch nicht absehbar war. Wenn die Swissair mit ihrer Struktur von 1991 ins Grounding gelaufen wäre, dann wären auf einen Schlag nicht 8000, sondern 30 000 Arbeitsplätze in der Schweiz vernichtet worden. Und im Ausland nochmals 60 000. Es wäre alles in die Nachlassstunde gegangen, und der Flächenbrand wäre noch weit grösser geworden. So aber, weil die Schweiz kein Konzernkonkursrecht kennt, sind faktisch nur drei Betriebsteile Konkurs gegangen, nämlich die SAir-Group, die Swissair sowie Flightlease.

Insgesamt ist das Grounding vergleichsweise glimpflich bewältigt worden.

Dank den staatlichen Finanzspritzen. Hätte sich die SVP-Linie durchgesetzt, wäre «ordnungspolitische Ordnung» zum Gebot erhoben worden, dann wäre alles noch sehr viel

schmerzhafter abgelaufen, und der Flughafen Zürich wäre heute ein Provinzflugplatz. Aber der Bund rang sich durch, 600 Millionen Franken bis zur Gründung der Swiss einzuschliessen; er stellte 2 Milliarden an Aktienkapital bereit, die dann auch das Nachziehen privater Investoren bewirkten. Allerdings hätte man das auch schon viel früher und viel billiger haben können. Schon am Jahreswechsel 2000/2001 war Daniel Vischer, dem damaligen VPOD-Luftverkehr-Präsidenten, und mir als Sekretär klar, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Wir hätten das Grounding eher schon im Sommer 2001 erwartet. Aber auch als die UBS sich zurückgezogen hatte, hiess es aus Bundesbern weiterhin, der Staat dürfe auf keinen Fall eingreifen. Es brauchte erst den «Tatbeweis», die Bilder von 68 am Boden stehenden Flugzeugen, damit Leuenberger und Couchepin aus ihrer Reserve kamen.

Was macht eine Gewerkschaft in einer solchen Situation?

Unsere Rolle war eine relativ einfache, aber wir haben sie gut gespielt. Es galt, die UBS anzugreifen, welche die Swissair hatte fallen lassen. Und das haben wir kräftig getan. Natürlich haben wir uns dafür eingesetzt, dass die Direktbetroffenen des Groundings möglichst gut dastehen. Wir hatten im GAV zwar einen guten Sozialplan vereinbart, aber es war kein Geld da, die Abgangsentschädigungen auszuzahlen. Also verhandelten wir – vor allem Daniel Vischer, der damalige Präsident von VPOD Luftverkehr, und ich – in zahlreichen Taskforces, um zu retten, was zu retten, und aufzufangen, was aufzufangen war. Wir organisierten die wohl grösste Betriebsdemo der Schweizer Geschichte: Am Mittwoch, 3. Oktober, gingen 13 000 Swissair-Leute auf die Strasse! Dass sich der Bund dem Personal gegenüber letztlich kulant gezeigt hat, ist sicher mit einer Folge des VPOD-Engagements. Und Daniel Vischer (der als Grünen-Politiker zuvor sein Wirken beim nicht eben ökologischen Luftverkehr eher verheimlicht hatte) wurde 2003 dank diesen Meriten sogar in den Nationalrat gewählt.

Das Grounding war ja doch ein beträchtlicher Imageschaden für die Schweiz – schlimmer als etwa der Flugzeugabsturz von Halifax wenige Jahre zuvor.

Irgendwie paradox: Über Jahrzehnte lautete die Doktrin, dass ein Flugzeugabsturz mit vielen Toten der Swissair das Genick brechen würde. Und dann kam 1998 Halifax. Ich erinnere mich, dass ich in den Italien-Ferien beim Frühstück sass; am Nebentisch las einer die *Repubblica*, und die Schlagzeile sprang mir ins Auge. Ich wusste gleich: Die Ferien sind zu Ende. Paradoxerweise hat dieser Absturz

Blockade eines Fokker 100, Flughafen Genf, März 1994.



mit mehr als 200 Toten keinen nachhaltigen Imageschaden verursacht, eher das Gegenteil; die Buchungen gingen nicht zurück, und allgemein lobte man die Swissair für ihre Art der Krisenbewältigung. Anders dann beim Grounding, das den Auftakt gibt zu einer Dekade, in der die Schweiz international viel Kredit verliert: Jetzt geht es dem Bankgeheimnis an den Kragen, jetzt kommen die Geschäfte der Schweizer Banken in Krieg und Frieden aufs Tapet. Und sogar eine Airline fahren sie an die Wand, diese Schweizer...

Also war Schadensbegrenzung die Devise?

Ja. Nur dass dann diese Crossair-Garde die neue Fluggesellschaft führte – und sie gezielt dem nächsten Grounding entgegensteuerte. Die Herren Dosé & Co. warfen das Geld mit beiden Händen zum Fenster hinaus. Millionen an Tyler Brülé für die Entfernung des Bestandteils «Air» aus dem Firmennamen, Hunderte Millionen dafür, 78 Kleinflugzeuge

leer durch Europa fliegen zu lassen, weitere unnütze Ausgaben für das Projekt, den Euroairport Basel zum Hub für Kurzstrecken («Oldenburg – Limoges mit Umsteigen») umzubauen. Und dann die Abstürze von Basersdorf und Nasenwil.

2004 übernahm die Lufthansa...

Das war hochnötig. Sonst wäre alles schon wieder am Boden gestanden.

III DIE SWISS UNTER LUFTHANSA-FÜHRUNG

Aus dem Grounding geht die Swiss hervor – und die einstigen Tochterfirmen der Swissair erstehen als eigenständige Unternehmen. Sie sehen sich allerdings einem rauen Wind ausgesetzt, weil alte Loyalitäten unter Lufthansa-Führung nicht mehr viel zählen. Am Flughafen Zürich entwickelt sich, wie anderswo auch, ein brutaler Preiskampf bei den flughafennahen Dienstleistungen. Auch die EU fördert dieses «Alle gegen alle». Die Arbeitsbedingungen auch bei den standortgebundenen Services werden zunehmend prekärer. Was nicht standortgebunden ist, wird nach Asien oder Afrika verschoben. Finanzinvestoren, welche die Firmen regelrecht ausbluten und ausweiden, tragen zum Niedergang das ihre bei. Heute hat ein hochverschuldeter chinesischer Riesenkonzern sowohl SR Technics als auch Swissport und die GateGroup in Händen. Was will er damit?

Protestaktion VPOD Luftverkehr gegen GAV-Abbau, Oktober 1992.



Was ändert sich damit, dass die Führung ab 2004 in Frankfurt am Main sitzt?

Es ist kein Automatismus mehr, dass man die flugnahen Dienstleistungen bei den ehemaligen Swissair-Betrieben einkauft. Jetzt geht es damit los, dass die Betriebe gegeneinander ausgespielt werden. Reinigung, Catering, Abfertigung: Wer besorgt es am günstigsten? Seit der Übernahme durch die Lufthansa betreibt die Swiss dieses Spiel intensiv. Das Stichwort López-Effekt drängt sich auf – jener einstige VW-Manager verdankt seinen zweifelhaften Ruhm der Tatsache, dass er seine Zulieferbetriebe so stark würgte, bis die meisten von ihnen pleite machten. Was dann allerdings auch zu massivem Qualitätsverlust führte.

Warum soll man im teuren Zürich machen, was man billiger anderswo kriegt?

Im Hinblick auf die Globalisierung ist entscheidend, welche flugnahen Dienstleistungen standortgebunden sind und welche nicht. Aber auch bei den standortgebundenen Services gibt es Konkurrenz vor Ort, am Flughafen Zürich. Beispiel Abfertigung, standortgebunden: Neben der Swissport bieten Dnata und AAA ihre Dienste an. Die Swiss tut alles, die drei gegeneinander auszuspielen. Dnata wiederum ist auch in der Fracht tätig und konkurrenziert dort Cargologics. Auch die Reinigung der Kabine muss vor Ort stattfinden, auch dort gibt es mit ISS und Vebege konkurrierende Betriebe, die sich gegenseitig das Leben schwermachen.

Bei den weniger standortgebundenen Aktivitäten ist sicher der Flugzeugunterhalt zu nennen (siehe Seite 14 zu SR Technics). Und wie ist's mit dem Catering? Man wird das Essen nicht ewig und zwei Stunden transportieren können.

Kann man sehr wohl – sofern es überhaupt noch Verpflegung an Bord gibt. Die meisten ausländischen Airlines, die in Zürich landen, nehmen das Essen auch für den Retourflug von zuhause mit, weil auf jeden Fall billiger als in der Schweiz. Und die Lufthansa-Tochter LSG Sky Chefs zahlte noch 2013 in ihrer Zürcher Dependence Löhne von 2700 Franken für eine 42-Stunden-Woche. Konzernverantwortung? Die Swiss wusch ihre Hände in Unschuld; der Lieferant habe «Good Governance» unterzeichnet. Dank dem VPOD wurden die Löhne dann wenigstens um 800 Franken angehoben. Aber merkt denn niemand, dass etwas nicht stimmen kann, wenn die Mini-Calzone für 75 Rappen das Stück angeboten wird? Neuerdings werden die

Sandwiches aus Warschau oder Amsterdam angeliefert. Da stehen dann im Morgengrauen 30 Sattelschlepper mit polnischer oder niederländischer Nummer vor Gate Gourmet, die sich ihrerseits aufs Umladen beschränkt.

Und die Brötchen werden dann von Passagieren nach Warschau oder Amsterdam im Flugzeug gegessen. Oder von dort nach Hause. Für die Arbeitsbedingungen kann das alles nichts Gutes bedeuten.

Nicht für die Leute am unteren Ende der Nahrungskette, in den wenig qualifizierten, aber harten Jobs. Ich kann wirklich sagen, dass ich alles das, was Piketty in seinem berühmten Buch zur Einkommensspreizung schreibt, hier am Flughafen 1 zu 1 miterlebt habe. Ich habe gesehen, wie die Bosse immer mehr verdienen und wie man bei den Prekären immer noch mehr Druck aufsetzt. Allerdings bedeuten prekäre Arbeitsbedingungen zugleich hohe Fluktuation. Die Leute bleiben 2 oder 3 Jahre, bestenfalls. Und das macht auch unsere gewerkschaftliche Arbeit nicht leichter.

Viele Leute haben längst den Überblick verloren, wem die verschiedenen Swissair-Nachfolgebetriebe gerade gehören. Sie haben jedenfalls x-fach den Besitzer gewechselt.

So kompliziert ist es gar nicht: Derzeit sind Swissport, SR Technics und die Gate Group alle beim chinesischen HNA-Konzern. Die

dauernden Besitzerwechsel haben Spuren hinterlassen. Gerade auch bei SR Technics gehört das mit zu den Ursachen für die heutigen Probleme. Vor allem die Finanzinvestoren waren pures Gift. Es wurde schlicht nichts mehr investiert; die Handwerker standen zeitweise ohne Werkzeug da, es fehlte am Elementarsten. Wird die Firma dann unter kräftiger Gewinnbeteiligung des Managements weiterverkauft, ist sie nicht nur ausgeblutet. Sondern kriegt auch noch die Schulden der Spekulanten zum Abzahlen angehängt. Man nennt das *Leveraged Buyout*.

IV EIN BLICK IN DIE ZUKUNFT

Die gewerkschaftliche Arbeit am Flughafen Zürich geht nicht aus, auch wenn sich die Verhältnisse kompliziert und erschwert haben. Aktuell kämpft der VPOD beispielsweise für eine vernünftige Dienstplangestaltung. Betriebsübergreifende GAV wären ein Fernziel – aber vielleicht ist die heutige Form der Flugreisen ohnehin nur eine kleine Episode der Menschheitsgeschichte.

Auch unser heutiges Gespräch wird immer wieder von überfliegenden Flugzeugen gestört. Vorher war es die ganze Zeit ruhig, und jetzt scheint man im Minutentakt nur Zentimeter über unsere Häupter zu donnern.

Demo gegen das Grounding und gegen die UBS, 3. Oktober 2001.



Musik in den Ohren derer, die Jobs am Flughafen verteidigen müssen... Aber im Ernst: Es handelt sich um die Langstreckenflugzeuge, die über unser Dach hinweg starten. Ihre An- und Abflüge bündeln sich täglich in 4 Wellen von 2 bis 3 Stunden Dauer. Dazwischen ist Ruhe. Dieser Rhythmus ist die Folge des Hub-Betriebs. Ähnlich wie im Zürcher Hauptbahnhof alle Züge kurz vor der vollen Stunde ein- und kurz nach der vollen Stunde ausfahren, gruppiert sich in Kloten der Langstreckenverkehr zu vier Spitzen, damit die Passagiere zügig umsteigen können. Nur so ist man als Drehkreuz attraktiv. Die Folge für die Beschäftigten, besonders für jene, die nahe am Flugzeug arbeiten, also Gepäck laden oder die Kabine putzen: Auch ihre Arbeit bündelt sich in der genannten Weise. Zu einem 8-Stunden-Tag passt das ganz schlecht. Also führen die Betriebe *Split Shifts* ein, 3-stündige unbezahlte Pausen zwischen den Einsätzen – analog zur Zimmerstunde in der Gastronomie. Oder sie stellen die Leute von Anfang an nur noch zu Teilpensen an, die *eine* Spitze abdecken.

Je weniger attraktiv die Schichten, umso schwieriger muss es doch sein, gutes Personal zu finden – oder zu behalten.

Wir versuchen, die ärgsten Auswüchse abzustellen. Viele, die in kleineren Pensen tätig sind, haben ja daneben noch einen zweiten und dritten Job. Aber je mehr Flexibilität der Arbeitgeber von ihnen einfordert, umso weniger ist ihre erste mit einer zweiten Stelle vereinbar. 95 Prozent der Kolleginnen und Kollegen in diesen Chargen haben Migrationshintergrund. Der Partner, die Partnerin geht ebenfalls arbeiten, trotzdem reicht es nur knapp, und wenn Kinder da sind, überhaupt nicht mehr. Wer irgendwo die Chance auf etwas Besseres hat, nimmt den Hut.

Das Problem können wir aus gewerkschaftlicher Sicht nur mit betriebsübergreifenden GAV lösen, oder?

Ja, und die grösseren unter den fraglichen Firmen wären noch nicht mal abgeneigt, weil sie die Konkurrenz, die ihnen von unten her in die Quere kommt, ausschalten wollen. Aber eine Vereinheitlichung läuft unter dem jetzigen Regime darauf hinaus, dass der schlechteste Arbeitgeber als Referenz gilt und dass also nach unten nivelliert wird.

Welche Auswirkungen wird die Digitalisierung auf die fraglichen Berufsgruppen haben?

Im Luftverkehr sind die Möglichkeiten der Automatisierung beschränkt. Natürlich, mit Self-Check-in und vergleichbaren Innovatio-

Zwischen Swissair und Swiss: Übermalte Schweizer Kreuze.



nen kann einiges gespart werden. Aber die Passagierflugzeuge werden in absehbarer Zeit nicht zu ferngesteuerten Drohnen werden, und auch für Gepäck und Verpflegung wird man Handarbeit benötigen. Genau wie für die Technik.

Man kann eben nicht alles beamen. Wir befinden uns ja in einer Branche, die sich die reale Überwindung von realen Distanzen zur Aufgabe gemacht hat, reale Menschen werden im realen Raum verschoben.

Dazu verwendet man diese doch etwas altertümlich anmutenden Flugkolosse, die unter Aufbringung höchster Energie und unter Verschlingung von jahrtausendealten fossilen Ressourcen die Schwerkraft überwinden.

Und unter grossem Getöse. Irgendwie mutet das nicht so smart und zukunftsfruchtig an.

Es kann gut sein, dass andere Technologien zu guten Teilen an die Stelle der heutigen Luftfahrt treten werden. Übrigens ist das Volumen der Businessflüge seit längerer Zeit etwa konstant, trotz Wachstums der Weltwirtschaft. Das heisst, dass ein Teil der Geschäftsreisen heute tatsächlich durch Kommunikation im Internet ersetzt wird. Der massive Zuwachs der letzten anderthalb oder zwei Jahrzehnte geht, wie auf der Strasse, auf das Konto des Freizeitverkehrs... Was kommt? Rohrpost? Zeppelin? Auch ich gehe davon aus, dass wir – also die Menschheit – nicht mehr allzu viel Zeit haben, wenn wir den Klimawandel wenigstens begrenzen wollen. Wir sollten dringend *heute* darüber nachdenken. Denn wenn die Temperatur nochmals um 10 Grad steigt, ist an Nachdenken ja nicht mehr zu denken...

Du hast mehr als ein Vierteljahrhundert Wandel miterlebt: Wie eine durchregulierte Branche zu einer volatilen, unberechenbaren

wurde. Die ganzen Private-Equity-Übungen haben sich vor deinen Augen abgespielt. Die Arbeitsbedingungen spreizen sich weiter – und viele Tätigkeiten wandern sowieso ab.

Du formulierst die Herausforderung goldrichtig. Ein Rezept ist schwer zu finden.

Internationale Solidarität ist jedenfalls leichter skandiert als umgesetzt.

Es stellt sich dann ja auch die Frage: Solidarität mit wem? Die Arbeitsplatzverschiebung findet ja sowieso statt. Die Hoffnung auf internationale Gewerkschaftszusammenarbeit jenseits von leeren Parolen hat sich schon 1997 relativiert. Nach dem Sabena-Kauf bemühten wir uns mit den belgischen Gewerkschaften um eine einheitliche Linie. Um danach festzustellen, dass sie mit der Swissair Geheimverhandlungen aufgenommen hatten. Du siehst: Wir sind mit vielerlei Widersprüchen und Zwickmühlen konfrontiert, für die es keine einfache Antwort gibt.

Wollen wir dein Abschiedsinterview so pessimistisch beschliessen?

Das muss nicht sein. Ich betone auch gerne das Positive. Damals, beim Grounding, hätte kein Mensch etwas darauf verwettet, dass die Betriebe hier am Flughafen überleben. Und heute, 17 Jahre später, stellen wir fest, dass die meisten noch immer im Geschäft sind. Mag sein, dass es einige davon in ein paar Jahren nicht mehr geben wird. Aber dann hat es sie doch noch zwei Jahrzehnte gegeben, sie haben für Arbeit und Brot gesorgt. Und auch wir als Verband hier am Flughafen, trotz Konkurrenz und obwohl wir seit Jahren im Wesentlichen aus der Defensive heraus operieren müssen: Wir sind noch da. Und angesichts meines Nachfolgers bin ich zuversichtlich, dass sich daran nicht so schnell etwas ändern wird.

SR Technics: Unaufhaltsamer Niedergang?

Die Wartung der Flugzeuge gehört nur zum kleinsten Teil zu den standortgebundenen Dienstleistungen. Natürlich: Wenn eine Glühlampe kaputt ist oder der Verschluss einer Klappe hakt, dann wird man das gleich vor Ort in Ordnung bringen. Aber der grosse Unterhalt, der zudem bei den modernen Maschinen immer seltener nötig ist, der braucht keineswegs im teuersten Land der Erde gemacht zu werden. Anbieter aus dem asiatischen Raum offerieren zu 6- bis 8-mal tieferen Preisen. Das weltweite Lohngefälle schlägt voll durch, weil ein grosser Teil der Arbeit aus klassischer Handarbeit besteht, die nicht von Maschinen übernommen werden kann: das Flugzeug in 20 000 Einzelteile zerlegen und wieder zusammensetzen...

Den steigenden Preisdruck geben die Fluggesellschaften an die Zulieferbetriebe weiter – also sinken auch die Preise für Wartungsarbeiten. Lufthansa, Air France und viele weitere grosse Fluggesellschaften lassen heute ihre Flugzeuge in Schanghai oder Kuala Lumpur, in Manila oder Djakarta warten – oder allenfalls in Osteuropa. Und ein Flugzeug braucht man ja auch nicht extra zur Wartung zu überführen – es kann selber dorthin fliegen, möglichst voll und damit rentabel.

Für SR Technics in Zürich bedeutet das die Reduktion von einst 4000 Beschäftigten im Jahr 2000 auf heute noch etwa 900. Am Beispiel dieses Unternehmens lässt sich auch beispielhaft aufzeigen, wie der dauernde Kauf und Weiterverkauf einer Firma an die Substanz geht. 2006 ging SR Technics für völlig überrissene 1,6 Milliarden von Londoner Private-Equity-Spekulanten an einen Staatsfonds im Besitz der Herrscherfamilie von Abu Dhabi über. Die übernahmen ein ausgelutschtes Unternehmen, in das seit Jahren nicht mehr investiert worden war. Also galt es, Geld einzuschliessen, zum einen für die verpassten Investitionen der Vorjahre, zum anderen zum Stopfen der laufenden Löcher. Gleichzeitig entwickelte sich die Auftragslage weiter nach unten, bis die Eigner 2014 den Stecker zogen: Ab sofort würden keine Finanzspritzen mehr gewährt, SR Technics müsse die Mittel für Investitionen selbst erwirtschaften. Ein Ding der Unmöglichkeit für den hochverschuldeten Betrieb.

Das nächste Kapitel begann 2016, als HNA die SR Technics übernahm. Damit holte sich der chinesische Mischkonzern, der weltweit im Tourismus und im Luftverkehr engagiert ist und zu den 200 grössten Unternehmen der Welt gehört, nach der Gategroup und der Swissport die dritte ehemalige Swissair-Tochter. Der Übernahmepreis

ist nicht bekannt – und das ist nicht die einzige Unklarheit. So sicher wie das Amen in der Kirche war eigentlich nur die Ankündigung eines weiteren Stellenabbaus. Ansonsten fragt sich die Welt: Wie staatsnah ist der – offiziell private – Konzern? Und wie eng ist er mit der Kommunistischen Partei verbunden? Und wem gehört das Unternehmen wirklich? Die Schweizer Übernahmekommission erhielt Angaben, die sie als «unwahr beziehungsweise unvollständig» qualifizierte. Gleichzeitig ist das Unternehmen hochverschuldet; die Gruppe hat seit 2015 über 40

Milliarden Franken für Firmenkäufe weltweit ausgegeben. Hauptgläubigerin ist die China Development Bank, ein staatliches Unternehmen. Geplante Börsengänge mussten aufgrund der deplorablen Liquiditätslage verschoben werden. Derweil werden bei SR Technics in Zürich allmählich Auflösungserscheinungen sichtbar. So verkündete das Unternehmen im Mai die endgültige Schliessung des Bereichs «Aircraft Services» (Flugzeugunterhalt) am Standort Zürich. Weitere 300 Stellen gehen verloren. | *slt (Foto: Keystone)*

Wo leckt's?
SR-Technics-Personal bei der Arbeit.



Streikverbot für deutsche Beamte bleibt

Namentlich die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW versucht schon seit Längerem, das rigide Streikverbot zu beseitigen, das deutschen Beamtinnen und Beamten auferlegt ist. Jetzt hat aber das Bundesverfassungsgericht die Beschwerden von vier beamteten Lehrkräften zurückgewiesen, die gestreikt hatten und dafür disziplinarisch bestraft wurden. Dabei gilt den Karlsruher Richterinnen und Richtern die Treuepflicht höher als Artikel 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention, der das Streikrecht zusichert. Sie sehen das Verhältnis zwischen Staat und Beamten nicht als Arbeits-, sondern als Dienstverhältnis, als lebenslanges «Gesamtpaket», in welchem der Staat das reibungslose Funktionieren seiner Institutionen und die Loyalität der für ihn Tätigen mit grosszügiger finanzieller Ausstattung bis zum Tod sichert. Das Problem an dieser Argumentation: Ob Lehrpersonen verbeamtet werden oder nicht, ist je nach Bundesland unterschiedlich. Die Gewerkschaften stellen sich auf den Standpunkt, dass das Streikrecht nur für hoheitliche Aufgaben (Polizei oder Militär) wegbedungen werden kann. | *slt* (Foto: Rainer Lück/Wikimedia)

Observationsgesetz: Beifang als Problem

«Wie der Delfin im Thunfischnetz» titelt die WOZ (14. Juni) einen Artikel, der einen bis anhin wenig diskutierten Aspekt im Gesetz zur Überwachung bei den Sozialversicherungen zur Sprache bringt. (Bekanntlich ist das vom VPOD mitunterstützte Referendum zustande

Karlsruhe bewegt sich nicht:
Beamte dürfen nicht streiken.



gekommen.) Abgestimmt wird demnach auch über den Umgang mit der Privatsphäre unbeteiligter Dritter, die auf Video- oder Tonaufnahmen von Spionen zu sehen oder zu hören sind. Während im Strafverfahren das Recht auf Information und Löschung besteht, äussert sich das neue Gesetz überhaupt nicht zum Umgang mit den Daten von Unbeteiligten – etwa Freundinnen oder Familienangehörigen von (zu Recht oder zu Unrecht) Observierten. Die WOZ zitiert mit dem Basler Rechtsprofessor Kurt Pärli eine kritische Stimme, die sich nicht mit der Auskunft des Bundesamts für Sozialversicherungen zufriedengibt, wonach dieser Beifang eben in Kauf zu nehmen sei. Offenbar ist es bei detektivisch erstellten Videoaufnahmen nicht einmal üblich, die Gesichter Nichtbeteiligter zu verpixeln – weil zu aufwendig. | *slt*

Susi Stühlinger Nochmal: Fussball

Die Fussballweltmeisterschaft wird zum Glück vorbei sein, wenn dieser Text erscheint. Und damit auch die ganzen leidigen Diskussionen über symbolische Adler und echte Schweizer und Bekenntnisse zur Heimat und Blablabla. Es hat ja schon etwas Gutes, findet Koni: Wenn sich die Vollfaschos von der Nationalmannschaft abwenden, kann man plötzlich mit besserem Gewissen auch mal für die Schweiz jubeln. Und wenn sich die Mehrheit für einmal nicht daneben benimmt, sondern für eine pluralistische, offene Schweiz einsteht, dann kann man ja schon fast so etwas wie ein bisschen Nationalstolz empfinden, sagt Koni, wobei das natürlich wiederum schlecht, weil Nation per se ein schlechtes Konzept ist, und die meisten, die jetzt irgendein Integrationswunderland bejubeln, sind ja mehrheitlich auch wieder jene, die bei der nächsten Abstimmung zur andern Hälfte gehören, zu derjenigen, die sich daneben benimmt, derjenigen, die jeweils findet, jaja, der Schakiiri, den kenn ich, das ist ein Guter, aber all die anderen, die da kommen, nur um auf Kosten meiner Steuern zu schmarotzen, undsoweiter.

Und sowieso, dass quasi im Schatten dieser kollektiven Fussballhysterie im Osten ein halbwegs demokratisch gewählter Diktator sein despotisches Regime zementiert und im Westen ein halbwegs demokratisch gewählter Geisteskranker Kinder entführt und dass inmitten des ganzen Trubels ein halbwegs demokratisch gewähltes Machtmonster den allgemeinen Fussballtaumel geschickt dazu nutzt, ansonsten unpopuläre Reformen wie die Erhöhung des Rentenalters durchzudrücken, dass das alles passiert, tja, Brot und Spiele, kennen wir ja, sagt Koni, und der alte Dölf wurde damals auch halbwegs demokratisch gewählt, und wenn man sich die Deutschen und die Österreicher grad im Moment anschaut, dann bekommt man schon leicht

das Gefühl, dass sie es wieder tun würden oder vielleicht schon dabei sind, sagt Koni. Jetzt halt mal die Luft an, sagt die braungebrannte Doris, auf Lanzarote haben sie ein Sprichwort, das besagt... Verschone uns, fleht Koni.

Man muss dazu wissen, dass Doris uns zuvor bereits eine Stunde lang sehr detailliert über ihren Urlaub («bizarre Felsformationen, mächtige Lavafelder, türkisblaue Buchten») Auskunft gegeben hat, ohne dass sie jemand danach gefragt hätte, oder nun ja, vielleicht schon gefragt, aber so, wie man sich nach dem Befinden eines flüchtigen Bekannten erkundigt, mehr der Form halber, aber ja, selber schuld – ja, mit Mario am Flughafen unglaublich gestritten, weil der Koffer zu schwer, und dann diese Banditen von Fluggesellschaft, aber dann im Hotel, unglaublich romantisch, dass sie so etwas auf ihre alten Tage noch erleben dürfe, und ja, halt die Meeresfrüchte, das war dann ungünstig, – ich sage es dir zum hundertsten Mal, es war das Eis, sagte Mario – so ein Blödsinn, sagte Doris – schon gut, meine Honigbiene, sagte Mario – ja auf jeden Fall, sagte Doris, Sturzbäche von Schiss... Glaubts ihr, die Schweiz wird noch Weltmeister, fragte dann Koni – so sind wir überhaupt erst aufs Thema Fussball gekommen.



Susi Stühlinger ist Autorin, Schaffhauser Kantonsrätin und Jusstudentin.

Im Sommer 1918 wurde in Winterthur und in Biel gestreikt – und in den Rheinsalinen

«Plötzlich Drillinge»



«Es geht dem Verbandsorgan des Schweizerischen Gemeinde- und Staatsarbeiterverbands vom 5. Juli 1918. Gemeint waren damit **drei Streiks**, die alle im Juni 1918 stattfanden – die ersten seit der Verbandsgründung am 19. November 1905. Ein Streik in den **Rheinsalinen** dauerte sechs Tage. Kurz darauf traten die **Gemeindearbeiter in Winterthur** einen Tag und jene **in Biel** zwei Tage gemeinsam mit dem damals noch in einem eigenen Verband organisierten Trampersonal in den Streik. Die Forderungen der drei Streiks waren sehr ähnlich: Es ging um Teuerungszulagen – im Sommer 1918 waren die Preise für grundlegende Konsumgüter gegenüber der Lage vor Kriegsausbruch auf mehr als das Doppelte gestiegen – und um Arbeitszeitverkürzung. Bereits im April hatten Gaswerkerarbeiter in Le Locle gestreikt; in Thun gaben die Behörden schon der Streikdrohung nach – und bewilligten den freien Samstagnachmittag.

Seit 1909 waren die drei Salinen in Schweizerhalle (BL), Rheinfelden und Riburg (beide AG) in der Aktiengesellschaft **Vereinigte schweizerische Rheinsalinen** zusammengeschlossen, die mehrheitlich den Kantonen gehörte. Direktion und Verwaltungsrat weigerten sich hartnäckig, den Gemeinde- und Staatsarbeiterverband (wie sich der VPOD damals nannte) als Verhandlungspartner anzuerkennen – obwohl fast die ganze Belegschaft organisiert war. Die Arbeitsbedingungen in den Salinen waren sehr hart, die **Löhne niedrig**. Dabei liefen die **Geschäfte ausgezeichnet**: Die vor dem Ersten Weltkrieg

sehr umfangreichen Salzimporte der Schweiz mussten nach Kriegsausbruch vollständig durch einheimisches Salz ersetzt werden. Die schlechten Arbeitsbedingungen erschwerten die Rekrutierung dringend benötigter zusätzlicher Arbeitskräfte.

Immerhin setzte die Eidgenössische Fabrikinspektion auf den 4. Februar 1918 den schon seit Jahren geforderten 3-Schichten-Betrieb für einen Teil der Arbeiter durch. Damit war eine Arbeitszeitverkürzung verbunden. Ende April stellten die Arbeiter aber weitere Forderungen auf, namentlich eine erhebliche Lohnerhöhung von

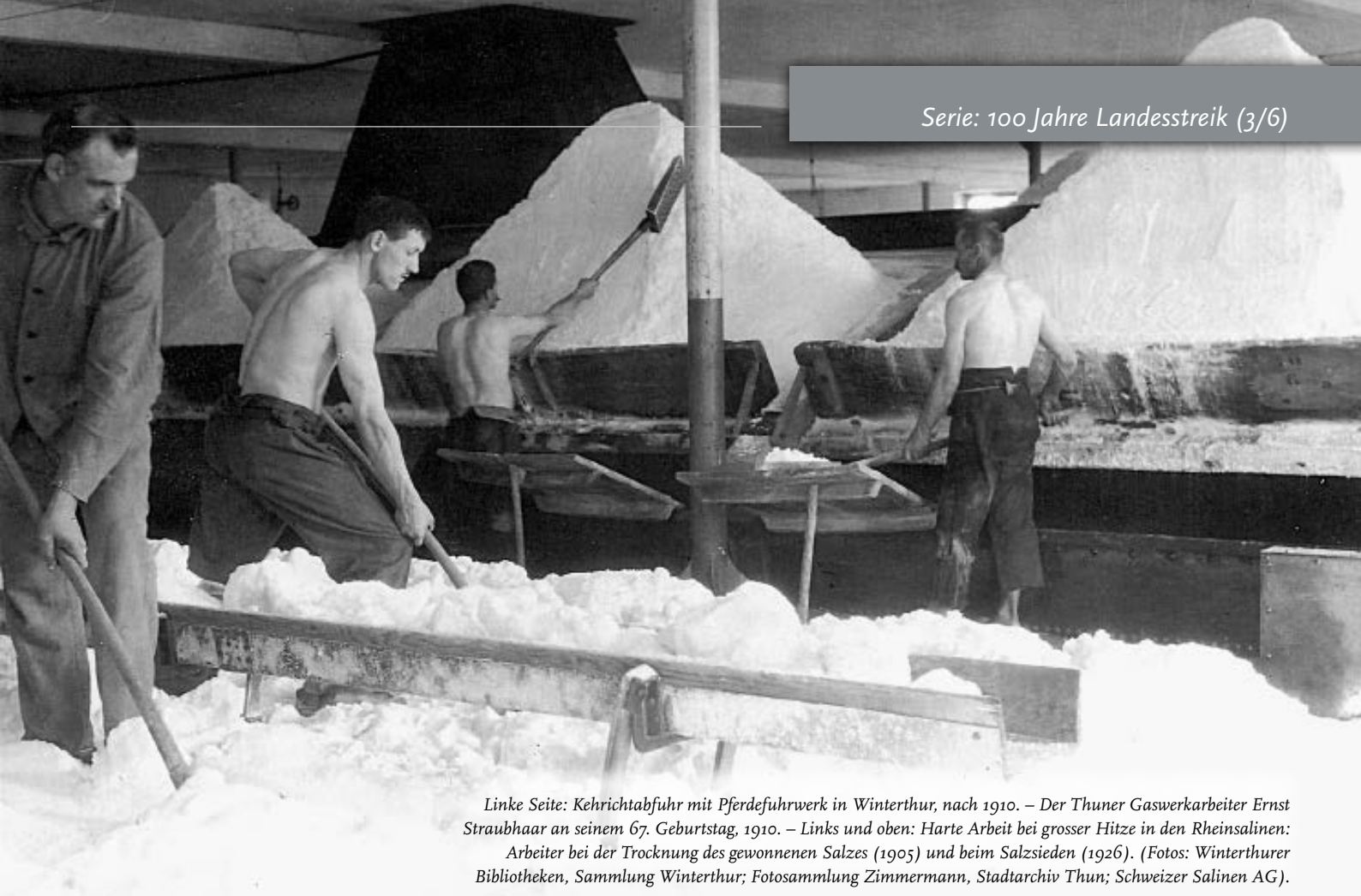
25 Prozent und den 9-Stunden-Tag für die Nichtschichtarbeiter. Die Direktion versprach, die Forderungen einer Verwaltungsratssitzung vorzulegen, doch am 15. Juni war immer noch keine Antwort eingetroffen. «Das schlug dem Fass den Boden aus», so Sektionspräsident Fritz Glättli in seinem Jahresbericht. «Montag, den 17. Juni, traten die Arbeiter der Saline Schweizerhalle ohne vorherige Verständigung mit dem Zentralvorstand in Streik.»

Tags darauf bot der Verwaltungsrat eine Lohnerhöhung von 40 Rappen pro Tag und die 54-Stunden-Woche an. Am 19. Juni fand eine Sitzung vor dem Einigungsamt Baselland statt. Dessen Vermittlungsvorschlag – den Tageslohn um 60 Rappen zu erhöhen – erachtete eine Betriebsversammlung in Schweizerhalle zwar als «völlig ungenügend». Sie wäre

aber bereit gewesen, darauf einzutreten, wenn die Direktion zu Verhandlungen mit der Gewerkschaft über eine Revision des Lohnregulativs Hand geboten hätte. Doch die Direktion verhartete auf ihrem gewerkschaftsfeindlichen Standpunkt. Auf Weisung

des Zentralvorstandes legten darauf auch die Arbeiter der beiden anderen Salinen in Rheinfelden und Riburg die Arbeit nieder. Damit war die **Salzproduktion am Rhein völlig eingestellt**. Der Bundesrat drohte mit einer militärischen Besetzung der Salinen. Unter diesem Druck kam es in Verhandlungen in Olten zu einer Einigung: Die

Löhne wurden um 1 Franken pro Tag erhöht, die Arbeitszeit auf 53 Stunden pro Woche gesenkt. Die Revision des Lohnregulativs und des Reglements der Arbeiterkommission sollte in weiteren Verhandlungen im Beisein von Gewerkschaftsvertretern vorgenommen werden. Damit konnte der Streik «mit einem schönen Erfolg beendet» werden, so der Jahresbericht 1918 des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbands. Dank dem Streik stiegen «die Salinenarbeiter von der schlechtestbezahlten Arbeiterkategorie der Gegend zur bestbezahlten» auf. Die vereinbarte Revision des Lohnregulativs konnte die Direktion allerdings noch bis in den Frühling 1919 verzögern. Auch in den kommenden Jahren sah sich die Gewerkschaft immer wieder mit Versuchen der Direktion konfrontiert, ihren «Herr im Haus»-Standpunkt wiederherzustellen.



Linke Seite: Kehrriechtabfuhr mit Pferdefuhrwerk in Winterthur, nach 1910. – Der Thuner Gaswerker Ernst Straubhaar an seinem 67. Geburtstag, 1910. – Links und oben: Harte Arbeit bei grosser Hitze in den Rheinsalinen: Arbeiter bei der Trocknung des gewonnenen Salzes (1905) und beim Salzsieden (1926). (Fotos: Winterthurer Bibliotheken, Sammlung Winterthur; Fotosammlung Zimmermann, Stadtarchiv Thun; Schweizer Salinen AG).

Die Arbeits- und Kampfbedingungen in den Rheinsalinen glichen denjenigen in der Privatindustrie, wo es am Ende des Ersten Weltkriegs zu einer gewaltigen Streikwelle kam: Allein der Schweizerische Metall- und Uhrenarbeiterverband SMUV registrierte 1918 in seinem Organisationsbereich 117 Streiks mit 10 845 Beteiligten – der Landesstreik ist dabei nicht mitgerechnet. In den Gemeindebetrieben war die Festsetzung der Löhne und Arbeitsbedingungen dagegen direkt abhängig von politischen Entscheidungen. Vor allem die rasante Teuerung erklärt, warum in **Winterthur und Biel die Gemeindearbeiter** sich gezwungen sahen, den Gemeindebehörden mit **kurzen Streiks** auf die Sprünge zu helfen.

Die **Winterthurer Gemeindearbeiter** verlangten im März 1918 eine Arbeitszeitverkürzung auf 9 Stunden pro Tag und eine Erhöhung der letztmals 1912 angepassten Grundlöhne. Als am 15. Juni immer noch keine Antwort der Stadtregierung eingetroffen war, forderte eine Versammlung der städtischen Arbeiter ultimativ die Einführung des 9-Stunden-Tags auf den 21. Juni, die Bewilligung einer Nachteuerungszulage von 60 Franken an jeden Arbeiter und die Sistierung der Einzahlungen in die Pensionskasse für drei Monate. Die Antwort der Stadtregierung, die «auf

die Forderung von Fr. 60.– Zulage ganze Fr. 10.– bewilligt» hatte, brachte, so Sektionspräsident Gottfried Dreher in seinem Jahresbericht, «**das Pulverfass zur Explosion**. Es geschah, was in der Stadt niemand glaubte, der Streik wurde trotz Mahnung der Vertreter sofort beschlossen und zwar so, dass alle Betriebe gänzlich stille standen, auch das Gaswerk.» Beerdigungen, die Ausgabe von Lebensmitteln und Viehfütterungen waren sichergestellt, **alle übrigen Gemeindearbeiter streikten**. Der eintägige Streik endete mit einem **vollen Erfolg**. Eine ausserordentliche Sitzung des Grossen Stadtrats beschloss, eine monatliche **Teuerungszulage** von 50 Franken rückwirkend auf den 1. Mai auszurichten und den 9-Stunden-Tag – und für die Trämmer den 8-Stunden-Tag – auf den 1. Juli in Kraft zu setzen. Selbst der Lohn für den Streiktag wurde ausbezahlt.

In **Biel** forderten die Gemeindearbeiter im April 1918 eine **Nachteuerungszulage** von 800 Franken für alle, für Verheiratete zusätzliche 100 Franken und eine **Kinderzulage** von 100 Franken pro Kind. Nach fast 3 Monaten vergeblichen Wartens beschloss eine von 214 der 236 betroffenen Arbeitern besuchte Versammlung am 27. Juni, sofort in den Streik zu treten – und zwar mit 212 zu 2 Stimmen.

Doch die **Bewegung verlief nicht so friedlich** wie in Winterthur. Vier italienische Arbeiter einer Ofenbaufabrik wurden als **Streikbrecher** im Gaswerk eingesetzt, später trafen zu ihrer Bewachung Waadtländer Truppen ein. Die Soldaten wurden teilweise ebenfalls für Arbeiten im Gaswerk und damit als Streikbrecher eingesetzt. Eine ausserordentliche Stadtratssitzung am Abend des 29. Juni bewilligte schliesslich 100 000 Franken für die Auszahlung der Teuerungszulagen. Obschon damit nicht alle Forderungen erfüllt waren, beschloss die Streikversammlung mit 127 zu 44 Stimmen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Eine weitere Stadtratssitzung am 8. Juli führte schliesslich, wie von den Arbeitern gefordert, eine Teuerungszulage von 900 Franken für alle verheirateten Arbeiter ein. Die Kinderzulage wurde mit 120 Franken sogar höher als gefordert angesetzt. Dagegen mussten sich unverheiratete Arbeiter mit einer Zulage von 600 Franken begnügen.

Am gleichen Tag eskalierte in Biel eine Hungerdemonstration, zu der die sozialdemokratische Jugend aufgerufen hatte und die von den Gemeindebehörden verboten worden war. Es kam zu Ausschreitungen und Zusammenstössen mit der Polizei und der Armee, die einen jugendlichen Arbeiter erschoss.

| Adrian Zimmermann



Protest gegen Personalmangel an der Uniklinik Düsseldorf...

Warnstreiks an Unikliniken in NRW

An den Universitätskliniken von Düsseldorf und Essen (beide Nordrhein-Westfalen) läuft die Auseinandersetzung über einen Tarifvertrag. Mit einem dreitägigen Warnstreik haben die Beschäftigten auf ihre Situation aufmerksam gemacht: In fast allen Abteilungen ist die Personaldecke so dünn, dass die

Verbleibenden Überlast schultern müssen und selber krank werden. Verdi-Chef Frank Bsirske stärkte den Streikenden den Rücken. Sie vertreten bei ihrem Kampf nicht nur die eigenen Interessen, sondern auch jene der Patientinnen und Patienten. | *verdi/slt (Foto: Wiegels/Wikimedia)*

Türkei-Abkommen: Falsches Signal

Zahlreiche NGO, unter ihnen Alliance Sud, SGB, Solifonds, die Gesellschaft für bedrohte Völker und Public Eye kritisieren scharf, dass die Schweiz im Rahmen der EFTA das «modernisierte» Freihandelsabkommen mit der Türkei unterzeichnet hat – ausgerechnet am Tag nach höchst unfairen Wahlen. Die Organisationen bitten das Schweizer Parlament, auf eine Ratifizierung zu verzichten, solange keine wesentliche Verbesserung der menschenrechtlichen Lage in der Türkei (und in Nordsyrien) erkennbar ist. Seit dem Putschversuch 2016 wird die Türkei von Präsident

Erdoğan per Dekret regiert. Auf sein Geheiss wurden rund 150 000 Staatsangestellte entlassen und rund 160 000 Bürgerinnen und Bürger verhaftet, darunter viele Mitglieder von Gewerkschaften und anderen NGO. | *pd*

Verbindliche Konzernverantwortung

Der Nationalrat hat einen Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative angenommen, der dem Initiativkomitee den Rückzug seiner Initiative erlauben würde – trotz schmerzhaften Abstrichen: Die verbindlichen Regeln gelten nur für sehr grosse Unternehmen, und die Haftung ist stark eingeschränkt. Für ein Einlenken spricht, dass gesetzliche Massnahmen schneller in Kraft treten als die Initiative nach einer Volksabstimmung. Dies ist gerade für die Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen wichtig. Der Ball liegt jetzt beim Ständerat. Erst nachdem dieser das Geschäft beraten hat, wird das Komitee endgültig entscheiden. | *pd*

Wirtschaftslektion Nicht ohne meine Flankierenden

Der Angriff der FDP-Bundesräte auf den Schweizer Lohnschutz in den letzten Wochen war beispiellos. Die Bundesräte Cassis und Schneider-Ammann – flankiert durch Staatssekretäre – erklärten sich öffentlich bereit, zentrale Elemente unseres Lohnschutzes preiszugeben. Der Gesamtbundesrat hat diese Angriffe nun gestoppt und die «roten Linien» bestätigt. Der Lohnschutz wird nicht verhandelt. Damit gilt auch heute noch, was der Bundesrat bereits im Dezember 2013 geschrieben hat: «Es wird sichergestellt, dass die Schweiz die flankierenden Massnahmen im Rahmen der Personenfreizügigkeit vollständig wahren kann.» Der SGB hat diesen Entscheid mit Erleichterung zur Kenntnis genommen.

Der Marktzugang funktioniert heute bereits sehr gut. Ausländische Firmen, welche die Schweizer Gesetze und Arbeitsbedingungen einhalten, haben kein Problem mit den flankierenden Massnahmen. Dumpingfirmen hin-

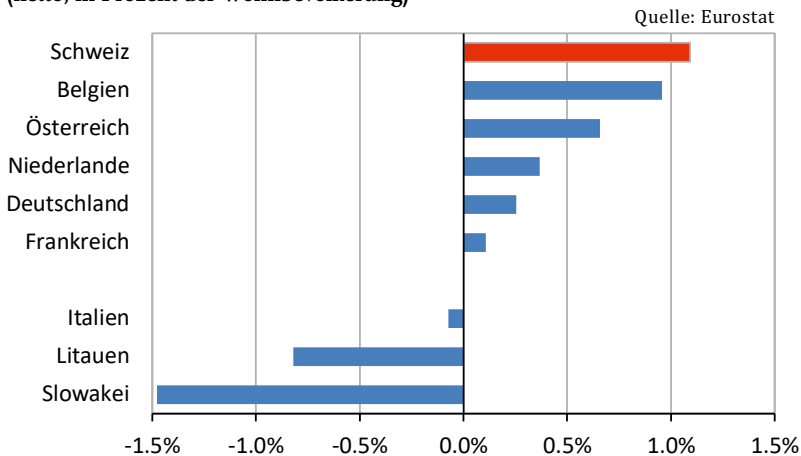
gegen schon. Das ist schliesslich der Zweck der Übung. Dass die flankierenden Massnahmen für ausländische Firmen kein Zutrittshindernis sind, zeigen die verfügbaren Statistiken. Wegen dem hohen Einkommensniveau ist die Schweiz ein attraktiver Markt für ausländische Anbieter. Heute arbeiten Entsandte und Selbständige aus der EU über 2,5 Millionen Tage pro Jahr in der Schweiz. Das entspricht einem Auftragsvolumen von gegen 2 Milliarden Franken. In keinem Land in Europa arbeiten, gemessen an der Wohnbevölkerung, so viele ausländische Dienstleistungserbringer wie in der Schweiz.

In den Medien wurde vor allem die sogenannte 8-Tage-Vorankeldefrist kritisiert. Diese ist aber ein zentrales Element der Flankierenden. Ohne derartige Frist wäre es viel schwieriger, Lohnschutz durchzusetzen. Das haben die österreichischen Gewerkschaften erleben müssen: Der Wegfall der Meldefrist habe vor allem in den östlichen Bundesländern Österreichs zu einer sehr problematischen Situation geführt, teilt der ÖGB mit.

Effektiv ist das Problem von noch grösserer Tragweite. Bei der Diskussion um die Flankierenden geht es im Wesentlichen darum, ob die Schweiz ihre Löhne effektiv und eigenständig schützen kann. Oder ob die EU-Kommission und der Europäische Gerichtshof, der in jüngerer Zeit den Marktzutritt von ausländischen Dienstleistern gegenüber dem Schutz der Löhne priorisiert hat, entscheidend Einfluss auf den Schweizer Lohnschutz gewinnen und diesen in Frage stellen können. Die Schweizer Gewerkschaften werden sich weiterhin vehement gegen eine solche Entwicklung wehren.

| *Daniel Lampart, SGB-Chefökonom*

Entsandte Arbeitnehmer und Selbständige im Jahr 2016 (netto, in Prozent der Wohnbevölkerung)



Coca-Cola unter Beschuss

Die Coca-Cola-Company wird der Verletzung von Menschen- und Arbeitsrechten in zahlreichen Ländern beschuldigt. Die Internationale Foodworker-Union IUF hat eine weltweite Kampagne gestartet, um den Konzern zurück auf den Boden der international anerkannten Rechte zu zwingen. Diese werden namentlich bei Abfüllfirmen in Indonesien, Haiti und den Philippinen missachtet. Gewerkschaftsfeindliche Praktiken finden sich indes auch in Coca-Colas Kerngeschäft. In Irland wurde ohne jeden Einbezug der Gewerkschaften eine jener Betriebsstätten geschlossen, in welchen der «geheime Sirup» als Basis für die Limonade gebraut wird. | *labourstart*

Kein Kriegsziel

Die Internationale der öffentlichen Dienste PSI verlangt von der Völkergemeinschaft, dafür zu sorgen, dass Gesundheitspersonal in Konfliktgebieten besser geschützt ist. Im Ga-

za-Streifen wurde im Juni die 21-jährige frisch diplomierte Pflegefachfrau Razan al-Najjar bei der Ausübung ihrer Dienste durch einen israelischen Heckenschützen erschossen, wie die palästinensische Gewerkschaft GUHSW berichtet. «Gesundheitspersonal ist kein militärisches Ziel», sagt PSI-Präsidentin Rosa Pavanelli. Auch Israel sei an das Genfer Abkommen IV gebunden, welches das Spitalpersonal in Konfliktsituationen speziellem Schutz unterstellt. Dieser gilt auch für den Transport von Kranken und Verletzten und also auch für Pflege- und Rettungskräfte ausserhalb der Spitalmauern. | *slt* (Foto: *btsalem/Wikimedia*)

«Me Too» an der ILO-Konferenz

Die «Me Too»-Debatte hat Folgen für das internationale Recht: Die 107. Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation ILO in Genf hat die Grundlagen für eine neue ILO-Konvention zu Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt erarbeitet. Die Schweizer



... und gegen Angriffe auf Gesundheitspersonal im Gaza-Streifen.

Arbeitnehmerdelegation begrüsst es, dass die Staaten in die Pflicht genommen werden, dass Opfer geschützt und Täterinnen und Täter bestraft werden. Ein Wermutstropfen: Im Schlussdokument, das im nächsten Jahr als Basis zur Ausarbeitung der Konvention dient, werden LGBTI-Arbeitnehmende nicht explizit als schutzbedürftig aufgeführt. | *sgb*

Wer war's? Üble Nachrede

Es gibt in der Weltgeschichte Persönlichkeiten, die mutmasslich ziemliche Schweine waren, aber Bleibendes hinterlassen haben (Richard Wagner, Bertolt Brecht sowie gemäss Einordnung von Kollegin Natascha Wey sämtliche Mitglieder der Band Mötley Crüe). Bei anderen kommt man zur Beurteilung «guter Charakter, aber B-Liga». Und dann existiert noch der Typus jener, denen Zeitgenossen und/oder Nachwelt zu Unrecht ein rabenschwarzes Image angedichtet haben. Besser als sein Ruf ist beispielsweise der Mozart-Zeitgenosse Antonio Salieri. Spätestens seit dem «Amadeus»-Film hält die Welt ihn für einen minderbegabten Tonschöpfer, der, von Neid zerfressen, gegen den genialen Kollegen intrigiert habe. Puschkin lässt Salieri in einem Theaterstück sogar zu Mozarts Mörder werden. Dabei hatten die Kollegen ein freundschaftliches Verhältnis; Salieri, selber ein Komponist von Rang, führte Mozart-Werke auf. Und Mozart-Sohn Franzl Xaverl ging zu ihm in den Musikunterricht. – Oder Architekt Walter Gropius: Seine Grosswohnsiedlungen, namentlich die nach ihm benannte in Berlin Neukölln, haben eine schlechte Presse. Sie sind in den Augen vieler Symbol, wenn nicht sogar Ursache für die Unwirtlichkeit der Städte, für sozialen Missstand und Gewalt. Dabei waren sie ursprünglich als Gartensiedlungen mit vielfältigem Angebot konzipiert und durchaus von Mittelschichten bewohnt. Erst später entmischten und anonymisierten sich die Bezirke, so dass schliesslich Christiane F. «Gropiusstadt» für ihre Drogenkarriere verantwortlich machen konnte.

Das dritte Beispiel jetzt zum Raten: Der gesuchte Mann war 13 Jahre lang Oberhaupt seines Staates; lieber hätte er allerdings eine Künstlerkarriere angetreten. Zunächst lief alles gut. Der junge Politiker war beliebt, weil unter seiner Ägide ein Spektakel nach dem anderen stattfand und weil die Lebensmittel billig waren. Auch politisch registrierte man positive Zeichen: X. schien die Gewaltentrennung zu respektieren und dem Personenkult abzuschwören. Dann aber kommt es zu

einer Katastrophe, die verursacht zu haben der Staatschef persönlich beschuldigt wird (sicher zu Unrecht). Der Gipfel der Gemeinheit ist das Gerücht, er habe dem Horror aus dem Fenster bloss zugeschaut und dabei (als verhinderter Künstler) noch Musik gemacht.

Im nun folgenden Chaos ging's jedenfalls bergab: Repression, politische Morde, Pogrome. Oper und Schauspiel haben das in den folgenden Jahrtausenden ausgelutscht. Die Zielperson ist daran nicht unschuldig, aber so viel schlimmer als ihre Vorgänger und Nachfolger war sie bei Jupiter auch nicht. – Bis am 16. August 2018 unserer Zeit (oder 2771 ab urbe condita) müssen die Postkarten mit dem Lösungsnamen hier eingegangen sein, wenn sie an der Verlosung dreier Büchergutscheine (100, 50, 20 Franken) teilnehmen sollen. Bitte schicken an: VPOD, Redaktion, «Wer war's?», Birmensdorferstrasse 67, Postfach 8279, 8036 Zürich. Schönen Sommer! | *slt*

Es war Jack Günthard

Letzten Monat konnte an dieser Stelle geturnt werden, auf dem Vita-Parcours und mit dem Vorturner der Nation. In den 1970er Jahren hiess es morgens «Frühturnen mit Jack» am Radio, abends im TV «Fit mit Jack» – alles zwecks Abbau des Wohlstandsspecks aus zwei Jahrzehnten Hochkonjunktur. Jack Günthard (1920–2016) war als Mittfünfziger deutlich beweglicher als Herr und Frau Durchschnittsschweizer vor der zeittypischen Durchschnittswohnwand. 1952 hatte er an den Olympischen Spielen in Helsinki die Goldmedaille im Reckturnen und Silber in der Mannschaftswertung errungen. Auch als Trainer hatte er Erfolg: Die italienischen Turner führte er zu Olympia-Bronze; nicht ganz so weit kamen die Schweizer «Günthard-Boys». Auf dem Siegerpodest des Wettbewerbs: Ruth Miksovich (Goldau; Gold), Ueli Wirth (Bubikon; Silber) und Robert Nüssli (Stäfa; Bronze). Applaus. | *slt*

VPOD-Landesvorstand vom 29. Juni 2018

Der Landesvorstand hat

- für allfällige Kampfmassnahmen gegen Verschlechterungen bei der Pensionskasse im Kanton Baselland die Streikkasse deblockiert.
- Erfolge und Herausforderungen ausgewählter VPOD-Regionen (diesmal: Schaffhausen und Tessin) besprochen.
- den Bericht über die VPOD-Verbandskonferenz Bildung Erziehung Wissenschaft vom 16./17. März 2018 in Neuenburg zur Kenntnis genommen sowie die Wahl der Präsidentin, der Mitglieder und des Delegierten in der DV des Verbandes ratifiziert.
- für ein Aufbauprojekt Gesundheit der VPOD-Region Basel die Übernahme von 50 Prozent der Personalkosten für das erste Projektjahr zugesichert. Aufgrund von Zwischenevaluationen wird über die Fortsetzung der Finanzierung entschieden werden.
- dem Zentralsekretariat den Auftrag erteilt, die Delegation des VPOD an den SGB-Kongress vom November/Dezember 2018 in Bern so zu komplettieren, dass alle Quoten hinsichtlich Geschlecht, Sprachregion und Profi/Ehrenamt erfüllt sind und dass mindestens die grossen Regionen vertreten sind.
- über die Präsenz und Sichtbarkeit des VPOD an der grossen Frauendemo vom 22. September 2018 gesprochen.

Stefan Giger, Generalsekretär

100 Jahre Landesstreik

Am Samstag, 10. November 2018, findet von 14 bis 17 Uhr in der alten SBB-Hauptwerkstätte Olten, Gösgerstrasse 46–60, der zentrale Jubiläumsanlass zum 100-Jahr-Jubiläum des Landesstreiks statt. Die Veranstaltung wird getragen von SGB, SP und Robert-Grimm-Gesellschaft. Von 15 bis 16 Uhr gibt es ein Programm: Bläserensemble, Perkussion und Chor, Originaltexte von 1918 und Berichte von Streiks der jüngsten Zeit. Verpflegung zu historischen Preisen. Warm anziehen – die Hallen sind ungeheizt. Die Platzzahl ist beschränkt, daher bald anmelden unter anmeldung.generalstreik.ch.

Frauenstadtrundgang in Freiburg

Der Verein Frauen in Freiburg bietet unter dem Titel «Vor hundert Jahren: Krieg, Krankheit und Streik» einen themenbezogenen Stadtrundgang an, bei dem die Heldinnen des damaligen Alltags lebendig werden. Termine und Anmeldung: www.femmetours-fr.ch.

Rote Köpfe

Studium der Erziehungswissenschaften, Sozialpädagogin auf einer Wohngruppe in einem Internat, dann nochmals ein wissenschaftliches Intermezzo, und jetzt: Gewerkschaftssekretärin. Dies ist der Werdegang von **Anna-Lea Imbach**, die bei der VPOD-Region Zürich als Sekretärin Lehrberufe angeheuert hat. Sie tritt dort den zuvor von Roseli Ferreira besetzten Posten an. Auch die Nachfolge von Brigitte Gügler bei der Sektion Zürich Kanton ist geregelt: **Sandra Vögeli** hat zuletzt bei der Syndicom als Zentralsekretärin für die Jugend gearbeitet (dort sind das die Mitglieder unter 31 Jahren – beim VPOD geht die Jugend mindestens bis 35...). Auch Kollegin Vögeli kann, wie das heute so üblich ist, mehrere Ausbildungen vorweisen: Sie hat eine kaufmännische Berufsmaturität aus Bern, einen Bachelor der Sozialen Arbeit aus Luzern und einen Master of Arts in Legal Studies von der Uni Freiburg. Und als Hobby betreibt sie Kickboxen. Mit einem solchen Portfolio ist man für jede Art von Gewerkschaftsarbeit gerüstet.

Wie in der Heftmitte ausführlich behandelt, verlässt René Zurin nach 27 Jahren den VPOD Luftverkehr und begibt sich in den wohlverdienten Ruhestand. Seinem Nachfolger, **Stefan Brülisauer**, eilt ein hervorragender Ruf voraus – jedenfalls sind sowohl die Präsidentin der Region, Esther Lehmann, als auch die Administrativkraft Sonia Maccarone begeistert vom neuen Mann in Glattbrugg. Bisher arbeitete der Kollege, gelernter Maler sowie Marketingmanager HF, als Sektionsleiter Säntis-Bodensee bei der Unia-Region Ostschweiz. Das gewerkschaftliche Handwerk ist ihm also, obwohl noch keine 30 Jahre alt, mehr als geläufig – in den Medien kam beispielsweise seine Aktion bei den Zalando-Päckli-Sortiererinnen in Arbon gross heraus. Soll ein Adjektiv zur Charakterisierung des neuen Luftverkehr-Sekretärs gefunden werden, so kommt das Wörtlein «unerschrocken» in die allerengste Auswahl.

Pikante Erkenntnisse der Glücksforschung: Der deutsche Soziologe **Martin Schröder** von der Universität Marburg hat herausgefunden, dass Väter, die 100 Prozent arbeiten, zufriede-



ner sind als die Teilzeiter. Je mehr Zeit Papa im Büro verbringt, umso glücklicher ist er. Bei den Müttern hingegen ist der Grad der Zufriedenheit weitgehend unabhängig vom Umfang der Erwerbstätigkeit. Die überraschenden Befunde kommentiert Schröder im *Tages-Anzeiger* (4. Juli) so: «Meiner Meinung nach sollte eine Gesellschaft verschiedene Lebensentwürfe ermöglichen, aber nicht zu bestimmten Lebensentwürfen zwingen. Man sollte Männer nicht gegen ihren Willen aus der Erwerbsarbeit hinaus- und in die Familienarbeit hineindrängen, ausser man ist bereit, eine Verringerung ihrer Lebenszufriedenheit in Kauf zu nehmen.» Auf den ersten Blick erscheint das alles mit dem aktuellen Zeitgeist wenig kompatibel. Wir bleiben dran.

Es war anlässlich des WM-Spiels Schweiz – Schweden in einer Zürcher Bar, als *P.S.-Verlegerin* und SP-Nationalrätin **Min Li Marti** zwischen dem zweiten Bier und dem achten Eckball das Verlangen kundtat, wieder einmal in der vorliegenden Rubrik



genannt zu werden. Diesem Wunsch wird entsprochen – indem wir aus Martis «Gedanken zur Woche» den folgenden schönen Satz zitieren: «Das Wort Reproduktionsarbeit hat mich immer schon gestört, denn es suggeriert, dass man für das Ausräumen der Geschirrspülmaschine eine Gebärmutter braucht.» Nun ja, so ganz evidenzbasiert wissenschaftlich ist der Nachweis, dass es auch ohne geht, noch nicht erbracht, nicht wahr? Uns fällt dazu ein Witz ein: «Wie viele Männer sind fürs Auswechseln einer Klopapierrolle nötig?» «Man weiss es nicht, denn es ist noch nie vorgekommen.»

Apropos Fussball: Kurz vor Abschluss des VPOD-internen WM-Tippspiels hat sich ein Spitzenduo mit VPOD-Finanzchef **Jorge Serra** und *Bildungspolitik*-Redaktor **Johannes Gruber** gebildet. Die Redaktion des *VPOD-Magazins* ist weit hinten in der Tabelle anzutreffen. Sie freut sich daher sehr über einen Tweet von Ex-Fussballprofi **Thomas Hitzlsperger** (siehe auch Editorial, Seite 3): «All jene, die ihre WM-2018-Kicktippspiele am Ende gewinnen, sollten sich schämen.» Mit anderen Worten: Unsere Tipps waren schon richtig, nur haben die Mannschaften falsch gespielt. | *slt*



(Fotos: zVg, zVg, zVg, Barbara Sigg, Dictum Media/Wikipedia)

Aus einer Neuberechnung resultierte für den Kollegen N. eine ganze IV-Rente

Unterschiedliche Schichtweisen

Der Vorbescheid wurde korrigiert: Bei N., dem ehemaligen Handwerker im Schichtbetrieb, mussten auch Nacht- und Sonntagszulagen mitberücksichtigt werden. Heraus kam eine ganze statt eine halbe IV-Rente.

| Text: Sabine Braunschweig (Foto: Simon Tanner/Keystone)

Nach einem schweren Unfall war es Kollege N. nicht mehr möglich, zu 100 Prozent als Instandhalter und Mechaniker bei einem öffentlichen Verkehrsbetrieb Schicht zu arbeiten. Er brauchte eine leichte, wechselbelastende oder sitzende Tätigkeit mit geregelten Arbeitszeiten, ohne Schichtdienst, ohne Zeitdruck und mit der Möglichkeit, bei Bedarf zusätzliche Pausen einzulegen. Der Arbeitgeber stellte eine solche Teilzeitstelle zur Verfügung – und kam damit der allgemeinen Forderung nach Integration von Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen in vorbildlicher Weise nach.

Die IV-Stelle prüfte den Anspruch auf eine Invalidenrente und informierte N., dass die Voraussetzungen erfüllt seien. Sie unterbreitete ihm den Vorbescheid. Gegen einen solchen Vorbescheid kann die versicherte Person innerhalb von 30 Tagen schriftlich oder mündlich Einwand erheben, wenn sie damit nicht einverstanden ist. Der Einwand muss einen Antrag mit Begründung enthalten. Nach Ablauf der Frist, die nicht erstreckt werden kann, erlässt die IV-Stelle eine beschwerdefähige Verfügung.

Langsamer Wiedereinstieg

Für die Bemessung der Invalidität wurde das gegenwärtig zumutbare Erwerbseinkommen mit jenem Einkommen verglichen, das N. bei voller Gesundheit hätte erzielen können. Dabei bestimmt die Höhe der Erwerbseinkünfte den Invaliditätsgrad in Prozenten. Solange N. Taggeld bezog, bestand kein Anspruch auf eine IV-Rente. Nun war diese Zeit abgelaufen. Aufgrund der Informationen des Arbeitgebers errechnete die IV-Stelle, wie viel N. ohne gesundheitliche Einschränkung verdienen würde. Weil jedoch im Moment überhaupt keine Erwerbstätigkeit

mehr zumutbar war, entsprach die vollständige Erwerbseinkünfte einem Invaliditätsgrad von 100 Prozent.

Ein halbes Jahr später begann N. im Rahmen eines Arbeitsversuchs in einem niedrigen Pensum wieder zu arbeiten. Allmählich konnte er das Pensum erhöhen. Im folgenden Jahr schätzte die IV-Stelle gemäss medizinischer Einschätzung ein Pensum von 50 Prozent mit einer Präsenzzeit von 60 Prozent als zumutbar ein. Auf dieser Grundlage verfügte sie eine halbe Invalidenrente. So weit schien alles klar.

Aufwendige Berechnungen

Doch mit Unterstützung des VPOD fand Kollege N. heraus, dass die Berechnung der IV-Stelle mangelhaft war: Die Zulagen für Nacht- und Sonntagsarbeit waren nicht berücksichtigt. Für Mitarbeitende im Schichtdienst sind diese Elemente regelmässige Lohnbestandteile. Der VPOD-Vertrauensanwalt erhob Einwand und stellte mit aufwendigen Berechnungen den Antrag, N. eine unbefristete ganze Invalidenrente auszurichten. Die Eingabe untermauerte er mit den Abklärungen des Arbeitgebers und eines externen ärztlichen Dienstes.

Demnach war es N. möglich, beim bisherigen Arbeitgeber eine ihm angepasste Tätigkeit in einem 60-Prozent-Pensum auszuüben, allerdings mit einer effektiven Leistungsfähigkeit von lediglich 30 Prozent. Falls er die Stelle verlöre, hätte er auf dem freien Arbeitsmarkt keine Chance mehr, eine äquivalente Arbeit

mit dieser Bezahlung zu finden, hielt der Anwalt fest.

Die IV-Stelle prüfte die Angaben des Anwalts genau und berechnete erneut den Rentenanspruch. Sie kam zum Schluss, dass der Invaliditätsgrad aufgrund der gesundheitlichen



Nach einem schweren Unfall konnte N. seinen bisherigen Posten als Handwerker bei einem Verkehrsbetrieb nicht mehr versehen.

Situation von N. anzupassen sei. Damit erhöhte sich auch der Rentenanspruch; N. erhielt höhere Leistungen. Somit hatte sich der Einwand für N. gelohnt. Zum Abschluss betonte die IV-Stelle, dass N.s medizinische, persönliche und erwerbliche Situation laufend überprüft werde. Wenn seine Erwerbsfähigkeit verbessert werden könne, würde sie jederzeit Massnahmen der Wiedereingliederung anordnen.

In unserer Serie «Hier half der VPOD» stellen wir exemplarisch interessante Konfliktfälle vor. Zur Darstellung von juristischen Verfahren – die Rechtshilfeabteilung des VPOD hat schon vielen Mitgliedern zu ihrem Recht verholfen und gibt dafür jährlich über eine halbe Million Franken aus – gesellen sich Berichte über Fälle, bei denen eine sonstige Intervention des VPOD Erfolg brachte.

Burkina Faso: Kinder sollten zur Schule gehen – und nicht lebensgefährliche Arbeit in Minen verrichten

Gold, das arm macht

In Burkina Faso schürften Menschen in 500 Minen auf eigene Faust Gold. Auch viele Kinder schufteten dort – unter prekärsten Bedingungen. Solidar arbeitet daran, sie zum Schulbesuch oder zur Lehre zu bewegen.

| Text: Lionel Frei (Foto: Andreas Schwaiger)



Improvisierte Goldmine in Burkina Faso. Solidar versucht, die dort arbeitenden Kinder in die Schule und die Jugendlichen in die Lehre zu schicken.

Der 16-jährige Franck hat eine Mechanikerlehre angefangen.

«Ich lebe seit vier Jahren in der Goldmine. Hier sammle ich liegengelassene Eisenstücke ein und verkaufe sie. Damit verdiene ich 300 Francs (50 Rappen) im Tag», erzählt der 12-jährige Ibrahim. Wir befinden uns in der Goldmine Silmiougou nördlich der Hauptstadt Ouagadougou. Mitten in der Einöde steht ein improvisiertes Zelt Dorf rund um Erdlöcher von mehreren Dutzend Metern Tiefe. Tausende von Menschen versuchen sich hier ihr mageres Einkommen zu verdienen: Sie graben nach Gold in den Stollen, sie handeln, kochen, bauen Gemüse an oder holen Wasser. Am Rand des Areals befindet sich das Bordell.

In Silmiougou gibt es auch viele Kinder. Wegen der Armut oder wegen Problemen in der Familie verlassen sie die Schule, um in der Mine zu arbeiten. Mit leerem Blick seilen sich die jungen Mineurinnen und Mineure ab. Neben fast unerträglicher Hitze und stundenlangem Beklemmung drohen ihnen Unfälle, die in den ungesicherten Gruben regelmässig vorkommen. «Vor ein paar Monaten wurde ein Kind bei einer Sprengung schwer verletzt», erzählt man uns.

Trotzdem ist es schwierig, die Kinder zum Verlassen der Mine zu bewegen. Gefahr und erbärmliche Lebensbedingungen zählen weniger als die Verdienstmöglichkeiten, weiss Sawadogo Nonraogo aus Erfahrung: «Wir Eltern in der Region sorgen uns sehr um unsere Kinder.» Solidar Suisse arbeitet mit Sozialarbeitenden zusammen, die Treffen mit den arbeitenden Kindern organisieren. Sie zeigen ihnen auf, welche Unterstützung sie erhalten, wenn sie die Mine verlassen.

Die Jüngeren werden ermutigt, in die Schule zurückzukehren, den Älteren wird eine Berufsausbildung angeboten. So hat der 16-jährige Franck eine Mechanikerlehre begonnen. «Seit ich die Lehre mache, bin ich nicht mehr in die Mine zurückgegangen. Und langsam beginne ich zu verstehen, wie die Welt der Mechanik funktioniert», sagt er lächelnd.

www.solidar.ch/goldminen

In der Schweiz raffiniertes Gold

90 Prozent des Goldes aus Burkina Faso landen in der Schweiz. Hierzulande befinden sich die vier grössten Goldraffinerien der Welt. Doch wie dieses Gold gefördert wurde, kümmert sie nicht. Die Konzernverantwortungsinitiative will Schweizer Unternehmen

darauf behaften, die Menschenrechte auch im Ausland einzuhalten. Derzeit hat es das Parlament in der Hand: Zugunsten eines substanziellen indirekten Gegenvorschlags würde die Initiative zurückgezogen.

www.konzernverantwortungsinitiative.ch

Nella Marin, Co-Leiterin Schülerhort Rosengasse Schaffhausen, Präsidentin VPOD Schaffhausen

Cuba libre

Das Leben der Nella Marin erzählt sich fast wie ein Roman. Karibische Lebensfreude und kubanischer Rum spielen darin eine Rolle. Genauso wie der realexistierende Sozialismus, die DDR und der VPOD.

| Text: Christoph Schlatter (Foto: Alexander Egger)

«VPOD-Präsidentin bin ich geworden, weil ich so eine grosse Klappe habe», sagt sie. In der Tat: Auch beim Gespräch mit dem VPOD-Magazin ist die Schaffhauser Kollegin kaum zu bremsen. Und es gibt ja auch viel zu erzählen. Aus dem, was Nella Marin schon hinter sich hat, bekämen andere 4 bis 5 Leben zusammen. Allein schon, was für Ausbildungen sie absolviert hat. Oder wo überall sie gelebt hat. Nicht zu reden von den vielen Reisen, die sie als Reisende oder als Reiseleiterin unternommen hat.

Karibisch oder preussisch?

Das Leben der Nella Marin: Es könnte auch die Skizze zu einem Entwicklungsroman oder einem Filmdrehbuch sein – von der ein Lektor wohl einiges als unrealistisch herausstreichen wollte. 1973: Eine Seconda aus Lohn radelt in die Sekundarschule nach Schaffhausen, zweimal täglich hin, zweimal täglich heim; es geht steil bergauf auf den Reiat. Sie stammt aus einem freizügig denkenden und links politisierenden Elternhaus und ist ein wenig frech. Mutig auch: Nur ein paar Jahre später finden wir die erst 15-Jährige auf Kuba. Begeistert arbeitet sie in der internationalen Jugendbrigade mit, begeistert folgt sie den Reden Fidel Castros. Auf Kuba und anderswo in Lateinamerika trifft sie Gleichgesinnte. Und Verwandte, die ein seinerzeit promisk durch die Lande reisender Grossvater da und dort hinterlassen hat.

Das Studium verteilt Nella Marin, wieder ein paar Jahre älter geworden, auf die Universität von Havanna, die ETH Zürich und die Hochschule Halle-Neustadt (DDR). Honeckers Leute wollen die Unangepasste dann aber nicht länger behalten und spedieren sie nach einem Semester wieder retour über die Mauer. Mit karibischer Lebensfreude kann sie sich ohnehin besser identifizieren als mit preussischen Sekundärtugenden in Gestalt eines argwöhnischen Studentenheim-Concierges. In Havanna wird ein Studienkollege, homosexuell und dem Regime deshalb ver-

Ihr Leben würde für mehrere Filmdrehbücher reichen: Nella Marin.



dächtig, ihr Ehemann. Daraus ergibt sich die kubanische Staatsbürgerschaft und unter Zuhilfenahme von reichlich kubanischem Rum irgendwie auch ein Kind.

In den 1990er Jahren lebt Nella Marin abwechselnd in der neuen und der alten Heimat. Vom Mann trennt sie sich, weil er neuerdings zum Macho tendiert. Auch die restliche Welt hat sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion verändert. Mit der karibischen Sozialismus-Variante geht es abwärts. Mangel zieht ein oder wird deutlicher spürbar, und ein zunehmend kritischer Blick trifft auf die hässlichen Seiten von Castros Regime, auf Repression, Willkür und Vetternwirtschaft. Versprechungen, denen man einst geglaubt, wirken jetzt hohl. Es ist ein Abschied von Illusionen, in Raten, aber nichtsdestotrotz schmerzhaft.

Demokratie leben

Der Kontakt nach Kuba ist indes nie abgebrochen, und Nella Marin erwägt, nach der Pensionierung zumindest den mitteleuropäischen Wintern zu entkommen; ihr Häuschen steht in der dritten Reihe von Havannas Strand. Aber noch braucht man sie hier, auch

im städtischen Schülerhort an der Rosengasse, wo sie als Co-Leiterin nicht nur einen Job, sondern eine Aufgabe gefunden hat. Von aussen ahnt man nicht, dass hinterm Haus ein lauschiger Garten samt Platz zum Fussballspielen liegt. Das kommt dem Bewegungsdrang der Schaffhauser Kinder entgegen, wie überhaupt der reichlich vorhandene Platz ein recht entspanntes Nebeneinander der unterschiedlichen Bedürfnisse erlaubt.

Als VPOD-Präsidentin bemüht sich Nella Marin, den Mitgliedern Wertschätzung und gute Momente zu bescheren. Das bedeutet Präsenz an Versammlungen und Vorbeischauen im Betrieb. Es heisst aber auch, Anlässe zur Geselligkeit zu schaffen; das jährliche Grillfest mit den Energiekollegen in Rheinau etwa hat längst Tradition. Besonderes Augenmerk legt die Kollegin – vielleicht auch wegen ihrer kubanischen Erfahrungen – auf sorgfältiges Einhalten der demokratischen Prozesse. Dazu gehört, Abstimmungsergebnisse im Verband auch dann zu akzeptieren, wenn man auf der Verliererseite steht. In dieser Hinsicht sieht Nella Marin auch in Schaffhausen noch gewisses Entwicklungspotenzial.

„GOLDMINE“ ANGEBOT



CHF 250.- 212.- in Doppelzimmer Standard CHF 270.- 229.- in Doppelzimmer Superior
(pro Person - mit 12 renovierten Zimmern)

Im Preis inbegriffen:

- 2 Übernachtungen im Doppelzimmer
- 2 Frühstücksbuffets
- 2 Abendessen (3-Gang-Auswahlmenü)
- 2 Eintritte ins Schwimmbad (Mitte Mai bis Mitte September)
- 1 geführte Besichtigung der Goldmine
(von Donnerstag bis Sonntag garantiert, ansonsten auf Anfrage)
- 1 Bustransfer Sessa-Goldmine und zurück
- W-LAN
- Parkplatz

Folgen Sie uns auf 



Hotel Ristorante i Grappoli • 6997 Sessa Tel. 091 608 11 87 • info@grappoli.ch • www.grappoli.ch

AZB Postfach 8279, 8036 Zürich

VPOD Bildungspolitik Nr. 207 ist soeben erschienen



Der Schwerpunkt der neuen Ausgabe der VPOD Bildungspolitik widmet sich der Kampagne und Petition «Lasst uns endlich wieder unterrichten!», die an der Verbandskonferenz Bildung Erziehung Wissenschaft in Neuchâtel lanciert wurde.

VPOD Bildungspolitik

Seit über 40 Jahren die kritische gewerkschaftliche Zeitschrift in der Bildungspolitik.

Ein Jahresabonnement umfasst 5 Ausgaben und kostet 40 Franken.

Kontakt und weitere Informationen unter:

redaktion@vpod-bildungspolitik.ch
www.vpod-bildungspolitik.ch
VPOD Bildungspolitik, Postfach 8279, 8036 Zürich



Impressum

Herausgeber: VPOD

Generalsekretär: Stefan Giger

Redaktion: Christoph Schlatter |s/t

Sekretariat: Hilde Bigler

VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich
Postfach 8279, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52
Fax 044 266 52 53
redaktion@vpod-ssp.ch
www.vpod.ch

Erscheint 10-mal pro Jahr

Satz, Druck und Spedition:
gdz AG, Zürich

Auflage: rund 20000 Exemplare

Anzeigenregie:
VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich
Postfach 8279, Telefon 044 266 52 52
Fax 044 266 52 53
hilde.bigler@vpod-ssp.ch

Platzvorschriften unverbindlich

